

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnem. 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 getheilte Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Bismarckstraße 44.

### Auch ein kommender Mann.

Er erscheint wieder auf der Bildfläche, der Ritter ohne Furcht und Tadel, wie ihn die „Kreuzzeitung“ betitelt hat — Herr von Puttkamer nämlich, der Exminister, und er ist bestimmt, im Reichstage dem Herrn v. Hammerstein zu ersetzen, den Chefredakteur des genannten Junterblattes, dessen politisches Renommé doch wohl auch bei seinen eigenen Parteigenossen durch die Ereignisse der jüngsten Zeit schwer gelitten hat. Ein hinterpommerscher Wahlkreis soll Herrn von Puttkamer in den Reichstag entsenden und man thut auch gut daran, sich nach geeigneten Wählern für den ehemaligen Staatssekretär im Reichsamt des Innern in Hinterpommern umzusehen. Im übrigen Deutschland dürften sich nicht viele Wahlkreise finden, die nach dem Triumphe geizen, Herrn von Puttkamer zum Vertreter zu bekommen. Aber die braven Pommern, die Bauern und die Bauernknechte, die Bewohner der Bauernhäuser am Strande der Ostsee, sie werden ihre Schuldigkeit thun und den „Ritter ohne Furcht und Tadel“ mit einem Mandat beschenken. Denn die Pommern haben sich immer durch eine echte Kreuzzeitungs-Gefinnung ausgezeichnet — warum sollten sie diesmal nicht die Stichprobe halten?

Herr von Puttkamer glaubt ohne Zweifel, daß seine politische Rolle noch nicht ausgespielt sei und er hält sich für einen der „kommenden Männer“. Der Sitz im Reichstage soll für ihn offenbar nur eine Sprosse auf der Leiter bilden, auf welcher er wieder zur politischen Macht emporzuklimmen will. Aber er dürfte sich irren. Denn keine That des sterblichen Kaisers Friedrich III. ist mit solchem Beifall, mit solcher allgemeinen Senugthuung begrüßt worden, wie gerade die Entlassung des Herrn Staatssekretärs aus seinem Amte. Außer den hochkonservativen Junkern und ihrer „Kreuzzeitung“ hat ihm Niemand Thränen nachgeweiht; höchstens Herr Thrin g. Mahlow mag bedauert haben, daß nach dem Abgang des Herrn von Puttkamer sich im Reichstage wohl kaum mehr eine Stimme fand, die bereit war, sich zu seinen Gunsten zu erheben und seine Verdienste anzuerkennen. Das politische Deutschland athmete auf, als es von dem Druck befreit war, mit welchem das „System Puttkamer“ auf ihn gelastet hatte. Und nicht allein im Volke bekundete man deutlich, wie sehr man dem System Puttkamer abgeneigt war — auch aus den neuerlich gehaltenen Reden des Amtsnachfolgers des Herrn von Puttkamer klang eine, wenn auch leise und vorsichtige, doch thatsächliche indirekte Verurtheilung des „Systems“ durch, wie es sich in der Anwendung des Sozialistengesetzes offenbart hatte.

Wir müssen Herrn von Puttkamer dennoch ein großes Verdienst zusprechen — die Härten in seinem „System“ haben dem deutschen Volke das Sozialistengesetz eindringlicher und wahrhaftiger erläutert, als der beste Kommentar. Mancher brave Bürger von alltäglichem Verstand, mancher Arbeiter, der im Geräusch der Maschinen keine Zeit zum Nachdenken fand, sie konnten die weitreichenden Wirkungen des Gesetzes nicht ermessen, denn dasselbe sah ihnen bei oberflächlicher Betrachtung gar nicht so gefährlich aus. Dazu hörte man so häufig die Versicherung, das Gesetz werde milde angewendet, und die Gemüther beruhigten sich. Auch die Gesetzgeber, die „eingeleitet in drangvoll fürchterlicher Enge“ zwischen den Anforderungen der Regierung und dem Widerstreben des Volkes das Gesetz immer wieder verlängerten, hatten dabei wohl kaum an die äußersten Konsequenzen des Gesetzes gedacht. Diese zu zeigen war Herrn Puttkamers Verdienst; sein Verschärfungsantrag von 1887 eröffnete die Aussicht in eine Zukunft, vor welcher Jedermann mit Ausnahme der Kreuzzeitungsmänner zurückschrecken mußte. Einzelne besonders harte Maßnahmen, wie zum Beispiel die auf den Christabend verlegten Ausweisungen zu Frankfurt am Main, erhellten bligartig die Situation und ließen ahnen, welche Früchte unter dem „System“ noch reifen würden. Daher ist denn auch die nicht mehr überraschende Erscheinung gekommen, daß das Sozialistengesetz in seiner alten Form und in seiner bisherigen Anwendung allen Kredit bei den Parteien verlor, daß sich auch die Nationalliberalen und die Freikonservativen gegen seine größten Härten erklärten, und daß nur die Ritter von der „Kreuzzeitung“ noch auf dem alten Standpunkt verharrten. Was das Schicksal des Gesetzes auch sein mag — es steht fest, daß die ungeheure Mehrheit des Volkes nicht mehr mit demselben einverstanden ist. Die Mittelparteien fürchten von der Verlängerung des Gesetzes zweierlei: einmal eine bedeutende Stärkung der Opposition bei den Wahlen und sodann auch das Uebergreifen des Gesetzes auf andere Parteien als auf die Sozialdemokratie. Die künftigen Regierungen kennen allerdings Niemand und Niemand kann Bürgschaft leisten, daß nicht ein „System“ kommt, das mit dem Sozialistengesetz auch den Liberalismus oder eine andere bürgerliche Richtung verfolgt.

Diese Einsicht bewirkt zu haben, ist allerdings ein Verdienst, das wir Herrn von Puttkamer in vollem Maße zusprechen und das wir ihm gerne hoch anrechnen. Damit wird er sich aber auch begnügen müssen, denn die Völker pflegen solche Verdienste nicht zu belohnen. Denkmäler werden für solche Dinge nicht errichtet, außer in den Büchern der Geschichtsschreiber, und diese sind oft derart, daß auch der nervenstärkste Staatsmann gerne darauf verzichten würde.

Wir würden einem Jeden, der sich eines solchen Verdienstes

um den Umschlag der öffentlichen Meinung erfreut, rathen, ganz in der Stille des Landlebens sich von den Mühen des politischen Treibens zu erholen und dem Konflikt mit der öffentlichen Meinung sich nicht auszusetzen, denn die öffentliche Meinung hat ihre Lieblinge, die sie sehr bevorzugt; wen sie aber einmal bei Seite geschoben hat, der kann ihre Gunst nicht so leicht wieder erringen. Staatsmänner, die regierungsfähig sein und bleiben wollen, müssen mit der öffentlichen Meinung rechnen.

Herr von Puttkamer ist wohl der kommende Mann für den bisherigen Wahlkreis des Herrn von Hammerstein, aber nicht für Deutschland. Es müßte denn sein, daß Herr von Puttkamer den engen Zirkel der Kreuzzeitungsritter mit Deutschland verwechselt — sonst wird er selbst erkennen, daß für sein „System“ kein Raum mehr ist.

### Korrespondenzen.

Essen, 8. Dezember. Eine noch imposantere Bergarbeiter-Versammlung, als die gestern in Dortmund stattgehabte, fand heute Mittag hier im Stadtpark statt, es waren wohl weit über 3000 Bergleute anwesend.

Herr Fischer, der Vorsitzende des am vergangenen Sonntag gewählten Komitees, eröffnete die Versammlung und las zunächst die von uns bereits mitgetheilten Beschlüsse des Vereins für die bergbaulichen Interessen, die Aufhebung der Sperrre betreffend vor. Damit sei also jede Beschränkung der Bergleute bezüglich der Arbeitsnehmung beseitigt. Ferner theilte Herr Fischer mit, er sei gestern Abend in Gemeinschaft mit den Deputirten Ballmann und Böder in den Essener Hof zu dem Herrn Oberpräsidenten von Berlepsch gerufen worden, woselbst sich auch die Herren Regierungspräsident von der Rede, der Landroth und der Oberbürgermeister befanden. Der Herr Oberpräsident habe ihnen die Beschlüsse des bergbaulichen Vereins vorgelesen und die Frage an sie gerichtet, ob sie dieselben genau verstanden, was sie bejaht. Alle drei Deputirten hätten jedoch erklärt, daß sie nur dann für den Frieden in der heutigen Versammlung eintreten würden, wenn die sämtlichen entlassenen Bergleute von den Zechen wieder angenommen würden. Der Herr Oberpräsident habe diesbezüglich mitgetheilt, es habe der Herr Berghauptmann versprochen, durch die Revierbeamten jeden einzelnen Fall genau untersuchen zu lassen, wenn behauptet werde, es sei ein Arbeiter in Folge seines Austritts während des Streiks zu Unrecht entlassen. Werde festgestellt, daß die Entlassung zu Unrecht geschehen, dann solle der Betreffende Arbeit erhalten. Die Zechen seien hiermit völlig einverstanden, den Revierbeamten solle das gesammelte Material zur Verfügung gestellt werden. Von Seiten des Herrn Oberpräsidenten sei dann bemerkt worden, es wäre nun jede Ursache, zu streiken, weggefallen, wenn trotzdem der Streik beschloffen werde, würden die Bergleute sich nicht mehr der Sympathie der Staatsregierung zu erfreuen haben. Der Herr Oberpräsident habe nun verlangt, die drei Deputirten sollen zu Protokoll erklären, daß

für die Ausbünstung des Toilettenwassers in dem gefüllten Waschbeden hielt. Kleidungsstücke lagen überall herum; feuchte Handtücher waren hier und da über die Lehnen der Sessel geworfen; aus dem aufgerissenen Bette hing ein Leinentuch bis auf den Fußboden hinab. Aber Denebeau hatte nur einen zerstreuten Blick für diese Dinge; er näherte sich einem mit Papieren bedeckten Tischchen und suchte dort nach dem Briefe. Zweimal nahm er jedes Blättchen in die Hand; doch das gesuchte Papier befand sich nicht darunter: Wo nur mochte Negrel es hingekramt haben?

Denebeau trat noch einmal in die Mitte des Zimmers und warf rings herum einen letzten suchenden Blick. Da bligte aus dem offenen Bett etwas hell leuchtend wie ein Funke zu ihm herüber. Mechanisch näherte er sich; zwischen den Falten des Leinentuches lag ein kleiner goldener Flacon; er streckte die Hand danach aus . . . es war das Aethersfläschchen seiner Frau! Er begriff nicht gleich: wie kam das hier in Paul's Bett? Plötzlich überzog eine furchtbare Blässe sein Gesicht: er hatte verstanden!

„Entschuldigen . . . Ich sah den Herrn Direktor hinaufgehen . . .“ rief Hippolyt zur Thüre herein.

Das unausgeräumte Gemach erschreckte den Diener, er unterdrückte sich:

„Ach das Zimmer ist vergessen . . . Die Kofa ist fortgegangen und hat mir Alles auf dem Halbe gelassen . . .“

Denebeau drückte den Flacon, als wolle er ihn in seiner Hand zerquetschen.

„Was wollen Sie?“

„Herr Direktor, ein Bote aus Crèvecoeur ist unten mit einem Briefe.“

„Gut! Gehen Sie! Sagen Sie ihm, er soll warten!“

Seine Frau hatte hier gelegen! Er schob den Kiesel vor die Thüre, öffnete die Hand und blickte auf das Fläschchen, das sich roth darin abgedrückt hatte. Und plötzlich war es ihm klar: seit Monaten, seit Jahren betrogen sie ihn! Er erinnerte sich an seinen früheren Verdacht, als er eines

### Feuilleton.

### Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.

Ungig autorisierte Uebersetzung von Ernst Siegler.

Diese Zusammenkunft im Walde erklärte Denebeau übrigens für durchaus ungefährlich, eine harmlose Phrasenreiterei einiger Mauldrescher, ohne irgend welche Konsequenzen. Heute seien die Arbeiter überdies durch die militärische Ronde eingeschüchtern, und Niemand werde sich getrauen sein Haus zu verlassen.

Als Dansaert sich empfohlen hatte, dachte der Direktor nicht desto weniger einen Augenblick daran, eine Depesche an den Präfecten von Lille zu senden; doch die Furcht, unangesehene Besorgnis zu erwecken, hielt ihn davon zurück. Er konnte es sich ohnehin nicht vergehen, daß er so wenig Scharsblick besaßen, aller Welt zu sagen, ja selbst der Regie zu schreiben, daß der Streik nicht länger als vierzehn Tage dauern werde. Zu seiner Bestürzung wahrte derselbe nun bereits zwei Monate, und er mußte sich mit Verzweiflung gestehen, daß jeder neue Tag der Verlängerung sein Ansehen schmälere und die Meinung, welche man von ihm haben konnte, verringere, so daß er, um sich bei der Regie wieder Gunst und Bekanung zu verschaffen, zu irgend einem eklatanten Streich verurtheilt war. In seinem letzten Briefe an die Regisseure hatte er um Verwaltungsmaßregeln im Falle eines Handwerkerstreikes gebeten, und er erwartete stündlich die Antwort. Vielleicht traf sie am Nachmittage ein, und dann wird immer noch Zeit sein, telegraphisch eine militärische Besetzung der Werke zu verlangen, falls dies der Wunsch jener Herren sein sollte. Seiner Meinung nach könnte diese Maßregel Wasser gegen die Feinde führen, und sich einer Verantwortung wänschte er aus dem Wege zu gehen.

Bis elf Uhr arbeitete er ruhig in dem stillen Hause, in welchem der Frottirtolken Hippolyt's, welcher irgendwo ein Zimmer mit Wachs einließ, das einzige Geräusch machte. Dann empfing er nach einander zwei Depeschen, welche ihm anzeigten, daß seine Arbeiter in Jean-Bart eingesperrt seien, dort die Seile zerschnitten und Alles verwüstet haben. Er verstand nicht recht, was die Leute, statt irgend eine Grube der Kompagnie heimzusuchen, bei Herrn Deneulin wollten; im Grunde war ihm die Sache nicht unangenehm, denn sie konnte seinem Anreizungsplane in die Hände arbeiten. Um zwölf Uhr frühstückte er allein in dem großen Speisezimmer, nur von dem schweigsamen Hippolyt bedient, dessen Schritt er nicht einmal auf dem Teppich vernahm.

Diese Einsamkeit und Stille verdrückte noch mehr sein sorgenschweres Grübeln, und eine eisige Kälte drang ihm zum Herzen, als plötzlich ein Aufseher im Sturm lauf zur Villa kam und ihm berichtete, daß die Arbeiter gegen Mirou marschirten. Im nächsten Augenblicke, während er seinen Kaffee trank, zeigte ihm eine Depesche an, daß die Magdalen und Crèvecoeur bedroht seien. Er war sassunglos. Erst um zwei Uhr konnte die nächste Post aus Paris eintreffen: sollte er sofort Kruppen erbiten, oder war es klüger, die Befehle der Regie abzuwarten?

Er kehrte in sein Cabinet zurück, um einen Bericht an den Präfecten zu suchen, den zu schreiben er Negrel am vorigen Abend beauftragt hatte. Er konnte das Papier nicht finden, und es fiel ihm ein, sein Keffe, der oft Nachts noch auf seinem Zimmer arbeitete, könne das Schriftstück dort liegen gelassen haben. Ohne betrefis der Depesche an die Behörde zu einem Entschluß gelangt zu sein, stieg er in Negrel's Schlafkabinet hinauf.

Er war überrascht, das Zimmer unaufgeräumt zu finden, eine Nachlässigkeit des Dieners, der in Abwesenheit des Wächters dies zu besorgen hatte. Eine dumpfe Wärme erfüllte das Gemach; die Schlafstube der ganzen Nacht, welche die geöffnete Dampfheizung noch schwerer und dichter machte. Ein durchdringender Parfüm zog ihm in die Nase, den er

sie in der Versammlung heute zum Frieden sprechen wollten, welches Versprechen sie auch gegeben. Voraussetzung sei jedoch, daß die Forderungen nun auch ihr gegebenes Versprechen hielten.

Der Delegirte Böder meinte, es sollte nun also nochmals eine Untersuchung stattfinden, obgleich die Resultate der ersten Untersuchung noch nicht bekannt seien. Redner ist gleichfalls für den Frieden, da er das Versprechen gegeben für denselben einzutreten.

Der Delegirte Massenbergs war mit den Abmachungen nicht einverstanden, weil nicht das ganze, am vorigen Sonntag gewählte Komitee zu den Verhandlungen mit dem Herrn Oberpräsidenten hinzugezogen sei. Weshalb seien nur drei aus den sieben herausgeschickt? Redner führte weiter aus, daß das von Herrn Oberbürgermeister dem Landrath hier herausgegebene Verzeichniß, wonach nur noch fünf Gemahregelte außer Arbeit wären, falsch sei, es wären viel mehr, in Allenen allein seien deren acht, in Vordord fünf.

Herr Söltler meinte, die Abmachungen, welche vorher vorgelesen worden, seien ein Respekt, das, wenn es von den Bergleuten angenommen werde, denselben sehr bitter bekommen könne. Der Vorstand des bergbäulichen Vereins habe von „Widersprechlichkeiten“ gesprochen, wer habe aber die Leute dazu gebracht, doch nur die Forderungen. Bezüglich der Sperre thue der bergbäuliche Verein, als wisse er gar nicht, daß solche bestehen, obgleich dieselbe bestimmt vorhanden gewesen. Die Sperre sei eine grauenvolle Sache der jetzigen Zustände: die Bergleute hätten auf einer Seite aushalten müssen, selbst wenn sie nur 2 M. verdient. Soll der Frieden angenommen werden? (Rufe: Nein, nein!); er rede nicht zum Streik, lasse sich aber nicht in das Vordord jagen.

Herr Bunte Dortmund theilte mit, was gestern in Dortmund beschlossen worden. Die Stimmung sei die gleiche gewesen, wie heute hier. In erster Stunde sei ein Telegramm des Oberpräsidenten Herrn Studt gekommen, wonach die Sperre aufgehoben sei. Unter dem Eindruck der Mittheilung habe man beschlossen, noch acht Tage, Gesehr bei Fuß, abzuwarten, ob die Sache sich so verhalte. Es frage sich, ob die Essener Kameraden das Gleiche thun wollten? (Rufe: nein, nein, streifen!) Der Vorsitzende drohte, die Versammlung zu schließen, wenn die Redner in solcher Weise unterbrochen würden. Herr Bunte fügte dem Gefagten hinzu, die Dortmunder würden unter allen Umständen an dem gefassten Beschlusse festhalten. Der Herr Oberpräsident Studt habe ihm noch gestern Abend sein Ehrenwort gegeben, daß die Versprechungen gehalten würden, dem ichen er Glauben. Was anders wäre es, wenn Herr Dr. Hammacher oder Herr Dr. Ratorp die Mittheilung gemacht, jenen glaubten die Bergleute nicht mehr. Herr Bunte richtete schließlich nochmals die Frage an die Anwesenden, ob sie sich den Dortmund Beschlüssen anschließen und bis zum 15. Dezember warten wollten. (Rufe: ja, ja!)

Herr Bauer-Altenessen betonte gleichfalls, daß noch mehr Leute, als angegeben, ohne Arbeit seien. Ebenso gebe es noch Bergleute, die kaum soviel verdienen, daß sie das nothdürftigste an Lebensmitteln beschaffen könnten, so kenne er einen Kameraden, der nur 2,80 M. verdient habe, weshalb er sich an den Steiger mit der Bitte gewandt, ihm etwas an Bedinge zuzuführen. Der Steiger habe aber gesagt, der Mann sei ein „Zigener“ (Rufe: Was!); im übrigen hätten die Leute lange genug um Aufhebung der Sperre gebeten, so daß die Sache wohl endlich spruchreif sei.

Der Vorsitzende bemerkte, es sei weiter nichts zu thun, als zu warten, um zu sehen, ob die Sperre aufgehoben sei. (Ruf: Nein, nein, streifen!)

Herr Dörpfer meinte, die Forderungen hätten den Leuten schon lange genug Honig um den Mund geschmiert, wenn man noch acht Tage warte, werde man auch nicht mehr haben. Herr Dr. Hammacher habe im Mai versprochen, mit seinem ganzen Vermögen dafür einzutreten, daß die Versprechungen der Forderungen erfüllt wurden, was sei aber erreicht? Wie damals im Mai, so mühten auch jetzt die Bergleute eintreten einer für den andern.

Herr Schröder-Steele bemerkte, die Verwaltungen hätten den Arbeitern sehr oft Honig um den Mund geschmiert, viel versprochen, aber wenig gehalten. Heute liege die Sache anders: die hohe Staatsregierung würde sich nicht mit der Sache befassen, wenn die Versprechungen nicht gehalten würden; jetzt habe sich der Bergmann noch der Sympathie der Behörde zu erfreuen, deshalb empfehle es sich, sich den Dortmund Beschlüssen anzuschließen (Bravo!)

Herr Bodum-Altenessen bemerkte, wenn auch nur noch eine geringe Zahl sei, die noch keine Arbeit auf einer Seite erhalten hätte, so seien doch auch jene zu berücksichtigen, die sich einen anderen Verdienst gesucht. Jene Leute wollten auch wieder zur Seite: er habe sich Pferd und Wagen angeschafft, er schenke aber gern beides an einen armen Leuten, wenn er wieder auf der Seite Arbeit erhalte; er wolle seine Ansprüche an die Knappheitskasse nicht verlieren.

Herr Homann-Steele trat für eine dreitägige Frist ein, krieg aber damit auf lebhaften Widerspruch.

Herr Hillebrand sagte: Die Forderungen haben uns die

Sperre gegeben, wir wollen ihnen auch was geben, nämlich eine Kohlensteuer. Wir ziehen morgen förmlich zur Seite und fragen, ob die Sperre voll und ganz aufgehoben wird: fällt die Antwort nicht befriedigend aus, dann fahren wir alle an, es thun aber je zwei Mann nur einen Wagen Kohlen aus; wenn wir streiten, haben wir auch nicht mehr; so erhalten wir aber die Ansprüche auf die Knappheitsbenefizien. (Große Unruhe.)

Der Vorsitzende bemerkte, es scheine, als seien Leute anwesend, die von gewissen Personen gekauft seien, um den Bergleuten das Spiel zu verderben.

Herr Spörkel-Rothhausen meint, selbst wenn die Arbeit wieder aufgenommen werde, sei auch noch kein voller Frieden vorhanden. Da der Herr Oberpräsident erklärt, die Sperre sei aufgehoben, so könnten die Bergleute nicht anders, als den Angaben vorläufig Glauben zu schenken. Im übrigen habe er erfahren, daß gestern auf dem Stahlwerk Bösch in Dortmund die Nachschicht wieder nach Hause geschickt sei, wahrscheinlich weil es an Kohlen gemangelt. Die Bergleute mühten jetzt weiter arbeiten, sonst veröden sie das Wohlwollen der Staatsregierung.

Herr Bauer erklärte, Kamerad Bunte habe sich widersprochen, denn es sei in Dortmund beschlossen, die Dortmunder Kameraden wollten sich dem fügen, was in Essen beschlossen wurde.

Der Vorsitzende erklärte, es sei falsch, was Bauer gesagt, ein solcher Beschluß sei nicht gefast in der Dortmunder Versammlung, der „Essener Beobachter“ habe allerdings ein diesbezügliches Telegramm veröffentlicht, dasselbe sei aber falsch.

Nachdem noch die Herren Deckerreich und Marggraf-Essen gesprochen, nahm der Reichstagsabgeordnete Herr Stöckel das Wort. Derselbe meinte, die Bergleute mühten doch ja vorsichtig bei der Fassung ihrer Beschlüsse sein. Sie mühten bedenken, daß noch nicht alle Instanzen, um zum Rechte zu gelangen, erschöpft seien. Wer jetzt sein Wort nicht halte, auf den fielen die Folgen zurück. Wenn der erste Bescheid der Provinz kein Wort gegeben, so mühten die Bergleute dem vertrauen. Nicht alle Bergleute würden den Streik mitmachen, man möge nichts thun, mit dem man sich ins Unrecht lege. Wenn der Streik beschlossen werde, würde man den Bergleuten die Schuld an den traurigen Folgen bemessen, man werde sagen, es sei keine Ursache vorhanden gewesen, den Streik zu beginnen. Im übrigen sei er autorisirt, zu erklären, daß eine Jede („General“) der Dortmund Bergbau-Gesellschaft in Weimar bereit sei, sämtliche Gemahregelte anzunehmen. Derjenigen, welche sich in Roth befänden, sollten sogar die Umzugskosten vergütet erhalten. Wenn solche Versprechungen gegeben würden, dann sei doch kein Grund zum Streiken vorhanden. In acht Tagen könne man ja sehen, ob die Forderungen ihre Versprechungen gehalten oder nicht.

Es kamen dann, auf Vorschlag des Vorsitzenden, nur solche Redner zu Wort, welche für die Einhaltung der achtstägigen Frist eintreten. Es wurde schließlich auch in diesem Sinne beschlossen.

Der Vorsitzende bemerkte, es mühten sich nun aber auch die Gemahregelten im Laufe der Woche um Arbeit bemühen und zwar nicht allein auf den Forderungen, auf welchen sie bisher beschäftigt gewesen, sondern auch auf anderen Forderungen.

Die Versammlung wurde dann mit einem dreifachen Hoch auf den Bergmannsstand geschlossen.

## Politische Uebersicht.

Die Münchener Neuesten Nachr. lassen sich aus Berlin über das Kartell schreiben:

Wir können nur nochmals betonen, daß die Erneuerung des Kartells angeht der Kundgebung des „Reichsans.“ zwar unvornehmlich erscheinen mochte, daß aber diesmal die Sache doch etwas anders liegt, als bei den Wahlen von 1887. Ein Grund dafür, den konservativen Innungseshwärtern und Reaktionären den Befehlstand zu garantiren, liegt in keiner Weise vor. Die liberalen Wähler werden es sich vielfach wohl überlegen, ob sie der von Berlin ausgegebenen Parole folgen sollen, und um so mehr, da die Konservativen bereits mehr als einmal gezeigt haben, wie wenig sie sich um das Kartell kümmern, wenn sie selbst einen Erfolg erringen zu können glauben. Darum wird sich die praktische Probe auf das parteiliche Neuenzeimpel bei den Wahlen doch vielfach anders gestalten, als es jetzt den Anschein hat.

Zu diesen Ausführungen bemerkt die „Arztzeitg.“: Die völlig unwahre Behauptung, daß gerade unsere Freunde sich über das Kartell hinweggesetzt hätten, klingt in dem Moment, wo man offen zur Nichtbeachtung desselben auffordert, doch mehr als pharisäisch. Aber was kann man Besseres von jemand erwarten, der unumwunden eingesteht, bei den ersten Mahnungen in der bekannten Kundgebung des „Reichsans.“ zur „Verständigung“ und „gegenseitigen Schö-

ihm; er wäre auf die Knie vor ihr gesunken, wenn sie ihm den Rest geschenkt hätte, den Andere von ihrem Herzen noch übrig gelassen — diesen Rest hatte sie an ein Kind verschenkt!

Eine helle Glocke tönte. Er fuhr zusammen; es war das Zeichen, welches der Diener geben mußte, wenn der Briefträger kam. Er stand auf, und plötzlich riß sich, ohne daß er es wollte und wußte, ein Strom heftiger, grober Worte aus seiner Brust:

„Ich brauch' ihre Depeschen und Briefe nicht! Ich pfeif' auf Alles! Alles! Ich pfeif' darauf! Ah! Ah! ...“

Er tobte wie rasend, schalt, fluchte. Welch' eine Dirne dieses Weib!!! Er suchte Worte, schändliche, gemeine Worte und beschmühte ihr Bild damit. Dann fiel ihm das ruhige Lächeln ein, mit welchem sie die Heirath zwischen Paul und Cäcilien betrieb, und dies brachte ihn vollends außer sich: Also nicht einmal aus Leidenschaft sündigte sie, nein, aus Gewohnheit, wie man sich an irgend ein Dessert gewöhnt. Sie mußte ihn verführt haben, gewiß! Und er entschuldigte Paul. Sie hatte ihn genommen, wie man oft aus krankhafter Begierde in einen noch unreifen Apfel beißt. Und wenn sie keinen Neffen mehr haben wird, der ihr zu Willen ist, was dann? was dann?

Es klopfte und Hippolyt rief durch's Schlüsselloch: „Herr Direktor, der Briefträger!“ Herr Danjaert ist auch wieder da; er sagt, daß es schon zum Handgemenge gekommen ist.“

„Zum Donnerwetter, ich komm' hinunter!“

Was sollte er thun? Sie Beide, wenn sie Abends von Marchiennes zurückkehren, wie ausfäufige Thiere aus seinem Hause jagen? ... Ihr gemeinsamer Athem war's, der die Lust im Zimmer so schwer und warm machte, und dieser Parfum, er erkannte ihn jetzt, es war der Roschusgeruch, den seine Frau ausströmte. Ueberall, in jedem Kissen, jedem Möbel, jedem Handtuch, im Waschbecken selbst glaubte er die Spuren ihrer Gegenwart entdecken zu müssen. Und in seinem rasenden Zorn warf er sich auf's Bett, hieb mit den Fäusten, rief, rief mit wahnsinniger Wuth darin herum.

Plötzlich meinte er wieder den Diener auf der Treppe

nung“ hätten die Erneuerung des Kartells „unvermeidlich“ gemacht, und der dann dessen Umgebung in demselben Athem empfiehl. Wenn der Deutsche das Geuschelei nennt, darf man ihm dann so obsolet vorwerfen?

Sehr einladend klingt diese Sprache gerade nicht.

Lehr die äußere Physiognomie der großen Bergarbeiter-Versammlung und uns noch aus Dortmund geschrieben: „Eine Versammlung von so tieferdem Glauben und Erbitterung, wie die am Sonnabend Abend im Kaiserhof Saale, haben wir während des ganzen Bergarbeiter-Streiks in Mai nicht erlebt. Diese Versammlung lieferte den unwürdigen Beweis dafür, daß unter der Bergarbeiterbevölkerung allgemein eine Gährung herrscht, wie kein außerhalb der Bewegung Stehender es gahnt haben kann. Wer hier hören und leben wollte, der konnte sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß es nur des Hineinwerfens eines Funken bedürfte und der Sturmhoch zusammengetragenem Brennstoff loderte zur Riesenfamme empor. Und wer weit, was geschehen wäre, wenn nicht im entscheidenden Augenblick ein Telegramm des Herrn Oberpräsidenten Studt aus Münster eingetroffen wäre und das Auerhufe und Unabsehbarste vorläufig zurückgehalten hätte.“

Der etwa 4000 Menschen große Rühn'sche Saal war bereits eine Stunde vor Beginn der Versammlung auf das letzte Eckchen derart gedrängt belegt, daß es für die Berichtshalter der Presse ein wahrer Bergschlangentanz wurde sich durch die geschlossene Masse bis auf die Bühne zu arbeiten. Mehrere Herren liehen denn auch von dem vergeblichen Bemühen ab und suchten lieber Eingang durch ein Fenster in die Bühne. Hunderte konnten nirgend mehr Einlaß finden und mußten umkehren.“

Die Stimmung der Bergarbeiter im Saarrevier ist nach einer Mittheilung der „Vost“ aus Köln allzusehr gespannt. Am Sonntag wählte eine Versammlung von Bergarbeitern in der Hühnenwäld drei Deputirte zum Vortrag bei dem Kaiser und beim Oberpräsidenten. Auf Mittwoch ist eine große Versammlung anberaumt. Falls bis Donnerstag die früheren Forderungen unbewilligt bleiben, ist der Ausbruch der Bewegung im Saarrevier im Schlingensiefel. Die Deputirten des rheinisch-saarwälder Landwehverbandes haben die Ausstufung des rheinischen Landwehverbandes in Schöningen wegen sozialdemokratischer Umtriebe beschlossen. — Es wäre interessant zu erfahren, was diese Umtriebe bestanden haben.

Von stehendem Vorwärtsdrängen und Unbequemlichkeit, so klagt das konservativste „Vost“, ist in den Reichstagen, die einst begeistert das Banner der kaiserlichen Politik in die Wahlkämpfe trugen, nicht mehr die Rede. Es ist eine mühsame, verdirbtliche Arbeit diese ganze Wahlarbeit von heute, weiter nichts. Unter diesen Umständen ist das eine Rede, die bedenklich, ja höchst bedenklich. Das fällt nicht so sehr ins Gewicht, als es sich um die ersten Wahlen unter der Regierung unseres Kaisers Wilhelm handelt, und als es gewisse Leute Alles thun, um den Kaiser selbst in das Wahlgetriebe zu ziehen.

Die Kartellbrüder unter sich. Im Wahlkreis Ostpreußen hat Herr Carl Carolus-Deuthen, der bisherige Abgeordnete, seinen unabhängigen Entschluß erklärt, ein Mandat nicht wieder anzunehmen. Nun verlangt das konservativ-votiv Wahlkomitee, daß die Konservativen ihm bis zum 8. Dezember einen Kandidaten nennen, welcher der konservativen Partei angehört und aus Berlin sein muß. Geschieht das nicht, so würden sie selbstständig vorgehen. Die Verammlung der Konservativen aber verstand, wie die „Arztzeitung“ berichtet, die anmaßende Sprache und lehnte das gnädige Anerbieten mit allen gegen 6 Stimmen ab.

Wie es mit der freien Rechtsanwaltschaft im Saarrevier bestellt ist, ergibt eine Mittheilung der „St. Joh. St.“, daß die wegen verschiedener Neuerungen in den Bergarbeiterversammlungen angelegten Vorstandsmitglieder des bergmännischen Reichshauptvereins, Warten und Bachmann, sich vorgeschlossen haben, für ihre Vertretung einen ordentlichen Rechtsanwaltschaft zu gewinnen. Die Leute mühten sich nach auswärtigen wenden, und namentlich hat je ein Rechtsanwaltschaft von Köln und Berlin seine Bereitwilligkeit zugekagt.

Der Verband rheinisch-saarwälder Bergarbeiter unter Leitung des Herrn Bunte soll nach der „Köln. Zeitung“ gegen etwa 40 000 Mitglieder zählen. Das ist etwas über ein Drittel der Bergarbeiter im Oberbergamtsbezirk Dortmund. Der Sitz des Verbandes ist in Bochum. Da ein Beitrag von 30 Pf. für den Monat seitens der Mitglieder zu entrichten ist, stellt sich die Monatsentnahme des Verbandes bereits auf 12 000 M.

Am Sonntag ist nach zehntägiger Frankheit der frühere Justizminister, Krony-bisus und Minister des Innern Graf Leopold zur Lippe-Diepholt-Beckendorf in seiner hiesigen Wohnung gestorben. Bei der politischen Welt, welche Graf Lippe einst gespielt hat, kann ihm das Wort, daß man Todten nur Gutes sprechen solle, nicht zu Statte kommen. Seine Regierungszeit bildet den dunkelsten Punkt in der Geschichte der preussischen Justiz seit der Regenschloß. Er trat 1840 in den preussischen Justizdienst und hatte Gelegenheit

zu hören. Er schämte sich, hielt inne, trocknete den Schweiß von seiner Stirn und ließ die wilden Schläge seines Herzens sich langsam dämpfen. Dann trat er vor den Spiegel und blickte in sein gramverzehrtes Gesicht, das er selbst kaum wieder erkannte. Als er ruhiger geworden, als er gewohnt war, sah er ein Antlitz die Spuren seiner Aufregung vorbrängt hatte, ging er hinab.

Unten warteten Danjaert und fünf Boten und bereiteten von dem Marsch der Streitenden durch die Straßen. Der Oberaufseher erzählte umständlich, wie der alte Danjaert durch seinen Helldenmuth Mirou gerettet. Doch Danjaert beahörte zerstreut, ohne zu verstehen; seine Gedanken waren oben geblieben in der Kammer Paul's. Er erlaubte die Leute, indem er sagte, er werde das Nöthige beschließen. Als er vor seinem Schreibtisch wieder allein war, sank er in sich zusammen das Gesicht in die Hände versteckt. Endlich entschloß er sich, seine Korrespondenz durchzusehen, fand den Brief der Regie und öffnete ihn.

Aber die Buchstaben tanzten vor seinen Augen; er faßte den Sinn der Worte nicht recht. Erst nach und nach glaubte er herauszulesen, daß die Herren irgend einen Pakt geschlossen, von Seite der Arbeiter nicht ungern sähen; zwar trüben sie ihm die Lage der Dinge nicht zu verschlimmern, aber sie liehen durchblicken, daß Unruhen das Ende des Streiks bewerkstelligen dürften, indem sie einen Eingriff der bewaffneten Macht und energische Maßregeln veranlassen würden. Dann zögerte er nicht mehr und telegraphirte nach allen Seiten; an den Präfekten von Lille, an den Divisionschef des in Douai liegenden Militärs und an die Gendarmen von Marchiennes.

Jetzt war ihm leichter. Er konnte ruhig in seinem Kabinett bleiben, die Ellenbogen in seine Papiere vergraben, das Gesicht in die Hände gestützt. Er ließ das Gerede verbreiten, er leide an Gesichtschmerzen, empfing Niemand, und blieb den ganzen Nachmittag in seinem Zimmer, und beschloß sich, die Briefe und Depeschen, welche unausgeschlüsselt waren, zu öffnen. Aus diesen Berichten konnte er den Marsch der Arbeiter verfolgen, von der Magdalen nach Crevecoeur, von Crevecoeur nach der Victoria und von dort nach Gaston-Marie. Von anderer Seite erfährt er





## Auf zur Stichwahl!

Am heutigen Tage werden diejenigen Arbeiter, in deren Bezirken noch einmal für die Vertretung in der Kommunalverwaltung gewählt wird, an den Wahlstisch treten.

Es ist Pflicht eines jeden Einzelnen, heute seine Schuldigkeit zu thun, um den Sieg, den die Arbeiterschaft bereits errungen hat, zu einem endgiltigen zu machen.

Thut, was Ihr thun müßt, Arbeiter, ziehet die Fäden heran, dann wird auch der heutige Tag ein Ehrentag für die Berliner Arbeiter sein.

Die Kandidaten sind im

11. Wahlbezirk:

Fritz Zubeil, Tischler,

17. Wahlbezirk:

Wilhelm Boerner, Cigarrenfabrikant,

27. Wahlbezirk:

Otto Heindorf, Restaurateur,

35. Wahlbezirk:

Robert Herzhfeldt, Expedient.

Diejenigen Geworbenen, welche am Mittwoch, den 11. Dezember, bei den Stadtverordneten-Stichwahlen behilflich sein wollen, können sich an diesem Tage von Morgens 8 Uhr in nachstehenden Lokalen bei den Bezirksführern melden, wo auch am Tage der Wahl die Wählerlisten zur Einsicht ausliegen:

Für den 11. Bezirk: bei Ammer, Destillation, Heim- und Bergmannstraße 64.

Für den 17. Bezirk: bei Lindemann, Restauration, Moritzstraße 9.

Für den 27. Bezirk: bei Heindorf, Restauration, Straußbergerstraße 36.

Für den 35. Bezirk: bei Rabe, Restauration, Gansackerstraße 1.

Außerdem beim Zentral-Wahlkomitee, welches seinen Sitz am Tage der Wahl von Morgens 8 Uhr an bei Julius Henke, Restauration, Blumenstraße 33, hat.

Die Bekanntmachung der Gesamt-Ergebnisse findet am Mittwoch, den 11. Dezember, Abends 8½ Uhr, statt und zwar:

Für den Norden: in Lehmann's Salon, Schwedterstraße 24.

Für den Süden: in der Unionsbrauerei, Hofenstraße 3-5.

Für den Osten: im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11-13.

Das Zentral-Wahlkomitee.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

34. Sitzung vom 10. Dezember, 12 Uhr.  
Am Tische des Bundesrats: von Stephan, von Rathahn.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Staats der Post- und Telegraphenverwaltung.

(Referent ist der Abg. Jürgens.)

Zum ersten Titel der Ausgaben (Gehalt des Staatssekretärs 24 000 M.) liegt ein Antrag der Abgg. Baumbach u. Gen. vor: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine Abänderung des Postportotarif für Deutschland und Oesterreich-Ungarn nach der Richtung hin herbeizuführen, daß 1. an Stelle des gegenwärtigen Reichsgewichts von 15 Gramm für den einfachen gewöhnlichen Brief ein höheres Reichsgewicht unter Beibehaltung des Portos von 10 Pf. zugelassen, 2. für Drucksachen im Gewicht von 50 bis 100 Gramm eine Gebühr von 5 Pf. festgesetzt werde.

Abg. Baumbach (freil.): Unser Antrag rechtfertigt sich schon durch die im gegenwärtigen Augenblicke so staltlichen Reinerlöse der Postverwaltung — 26 Mill. Mark. Dabei macht sich die Empfindung geltend, daß die Post sich immer mehr als Einnahme-Anstalt entwickelt, während sie doch in erster Linie ein Verkehrs-Institut sein soll. Jeder Wunsch auf Verbesserung der Verkehrsrichtung ist bisher an der Rücksicht auf Erhaltung der hohen Einnahmen gescheitert, man will aber in erster Reihe — wie bei jeder Steuerquelle — große Einnahmen schaffen. Früher ging die Ansicht des Reichstages nicht dahin; früher drängte man hier immer auf Wahrung der Post als Verkehrs-Institut, jetzt dagegen ist dieser Wunsch mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Dabei muß, wie ich glaube, zunächst auf dem Gebiete der Doppel-Portobriefe geschaffen werden, auch auf Kosten der Postentnahmen. Das Wichtigste wäre, den Unterschied zwischen einfachen und doppelten Briefen ganz zu beseitigen, doch so weit ich einwirken nicht geben, sondern nur die Gewichtsgrenze für den einfachen Brief erhöht wissen. Der jetzige Zustand benachteiligt vornehmlich die kleinen Leute, denn diese brauchen Briefspiere von schlechterer Qualität und schwererem Gewicht. Zu bedenken ist dabei auch, daß jetzt jede gewöhnliche Sendung an eine Bekörde einen Doppel-Portobrief bildet. Dabei werden solche Briefe aus Unkenntnis oft ungenügend frankiert, woraus noch Mehrkosten und, was die Hauptsache ist, Unzulänglichkeiten im Verkehr mit Bekörden entstehen. Für meinen zweiten Antrag sprechen die Urtheile zahlreicher Handelskammern. Es kommen dabei hauptsächlich Geschäftsangelegenheiten in Betracht, die jetzt — des Postos wegen — häufig in zwei Theile zerlegt, zur Versendung halber auf dem Gebiet der hohen Drucksachen-Portos halber auf dem Gebiet der hohen Drucksachen-Portos zurückgelassen, und wie sehr dem Export durch umfangreiche Versendung von Preisverzeichnissen gedient wird, sehen Sie an dem Beispiel Frankreichs. Redner spricht schließlich noch den Wunsch nach einer einheitlichen Postmarkte für Deutschland aus. An die Reservatrechte Bayerns und Württembergs wolle er dabei nicht führen.

Staatssekretär v. Stephan bemerkt zunächst zu diesem Vorschlag, das sächsische Reservat sei verfassungsmäßig gebunden und unantastbar. Die Initiative zu einer einheitlichen Postmarkte müßten daher Bayern und Württemberg ergreifen,

und die Regierungen dieser beiden Staaten seien auch das Forum, an welches man sich mit solchen Wünschen wenden müsse. Die Anträge Baumbach, auch die auf Gehalts erhöhungen, seien ja durchaus gemeinnützig, und er könne als Leiter der Postverwaltung sich mit ihnen befreunden. Er stehe aber hier nicht allein als solcher, sondern als Vertreter der verbündeten Regierungen. Die Postverwaltung sei ein Glied im gesammten Reichsorganismus und könne nicht von demselben losgelöst werden. Freilich seien die Regierungen nicht grundsätzlich Verkehrs-Erleichterungen entgegen, es hätten vielmehr in den letzten Jahren zahlreiche Gebühren-Erhöherungen in verschiedenen Zweigen des Post- und Telegraphenwesens stattgefunden. Auch habe die Postverwaltung seit einigen Jahren verschiedene neue Verkehrs-Aufgaben übernommen, so im gerichtlichen Zustellungswesen, für die Zwecke der Unfall-Versicherung u. s. w. Postämter seien vermehrt, Kabel gelegt und Privat-Kabel angekauft u. s. w., u. s. w. Kurz die Post- und Telegraphen-Verwaltung habe mit Verkehrs-Erleichterungen nicht gefaselt. Was nun die Anträge Baumbach anlange, so könne er über die finanzielle Tragweite derselben Angaben machen, welche geradezu überraschend seien. Wenn man dem ersten Antrage stattgeben (Erhöhung des Gewichtes für den einfachen Brief), so würde ein Ausfall entstehen von 2 187 000 M. Die Einführung einer neuen Mittelstufe beim Drucksachenporto würde 300 000 M. Ausfall ergeben. Dazu kämen noch andere Wünsche und Anträge. Wenn man die Telephongebühren in kleineren Orten herabsetzt, wie es gewünscht werde, so würde die Einnahme 1 Million betragen, ebensoviel würde eingebüßt werden, wenn man die Stadtpostbriefe verbilligt, ebenfalls 1 Million Mark, wenn man dem Richterlichen Verlangen nach Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse für untere Beamten in Folge der Theuerung nachgebe. Weiter lägen Singer'sche Anträge vor, die Gehälter von Postsekretären, Briefträgern u. s. w. zu erhöhen, das würde 2 166 000 M. erfordern. Insgesamt sei das ein Ausfall von 9 570 000 M. (Abg. Richter: Sehr wenig!) Ja, und die Gerechtigkeit und Billigkeit würde es dann doch erfordern, daß man auch die anderen Beamten, ebenso gut wie die unteren, im Gehalt erhöhe. Gehebe dies, etwa um 6 bis 8 pSt., dann erfordere das noch etwa 6 Millionen. Zusammen mit jenen 9 Millionen Mark würde also mehr als die Hälfte des 26 Millionen-Uberschusses in Wegfall kommen! Auf diese Summe zu verzichten, sei das Reich nicht in der Lage. Wolle man wirklich das Gewicht für den einfachen Brief erhöhen, so würde nicht ein einziger Brief von über 15 Gramm mehr gekürrt werden. Und was das Drucksachenporto anlange, so sei dies bei uns so niedrig, wie nur irgendwo. Vergessen dürfe man auch nicht, daß bei starker Vermehrung der Drucksachen auch die Mehrkosten steigen würden. Er bitte deshalb das Haus, die Anträge Baumbach abzulehnen.

Abg. Halls (nail.) tritt lebhaft für Einführung eines Fünftel-Portos für Drucksachen zwischen 50 und 100 Gramm ein. Ein Bedürfnis hierfür bestehe durchaus, und die Finanzlage des Reiches erlaube dessen Befriedigung, ganz abgesehen davon, daß der Ausfall der 300 000 Mark durch Zunahme des Drucksachen-Verkehrs werde ausgeglichen werden.

Staatssekretär von Stephan spricht sich nochmals kurz dagegen aus, worauf

Abg. Schröder (freil.) bezüglich des Wunsches nach einheitlichen Postmarkten bemerkt, wenn die Verfassung dieser Einheitlichkeit entgegenstehe, so würde eben der Weg der Verfassungs-Änderung in diesem Punkte zu beschreiten sein. Der Herr Staatssekretär habe vorhin zahlreiche Verkehrs-Erleichterungen aufgeführt, aber es werde Nummern entgangen sein, daß es sich bei diesen Erleichterungen im Wesentlichen um den internationalen Verkehr und um den Verkehr auf dem platten Lande gehandelt habe. Frage sei nun: müsse man nicht auch anderen Verkehrs-Zweigen Erleichterungen gewähren, oder müsse man die Post als ein Mittel betrachten, Einnahmen zu beschaffen? Zu übersehen sei noch auch nicht, daß seine Anträge nicht bloß Verkehrs-Erleichterungen bezweckten, sondern jedenfalls auch Verkehrs-Vermehrungen zur Folge haben würden. Berlin mit seiner privaten Paketpost beweiße durchaus das Bedehen eines Bedürfnisses.

Abg. Wörmann (nail.) meint, für Punkt 1 des Antrags Baumbach dürfe ein Bedürfnis nicht. Wenigstens in Hamburg sei ein solches nicht laut geworden. Redt habe der Abg. Baumbach in Bezug auf den Mangel einer einheitlichen Postmarkte, das sei eine Anomalie. Sachliche Gründe, auch im Weltverkehr sprächen für eine einheitliche Marke, die sich bei gutem Willen, auch unter Wahrung der Reservatrechte, durchsetzen lasse. Redner empfiehlt außerdem auch die Einführung einer einheitlichen bürgerlichen Zeitrechnung.

Königl. bayerischer Bevollmächtigter Graf v. Lerchenfeld-Bösering betont, daß Bayern und Württemberg an den Einnahmen der Reichspost keinen Antheil haben. Dieses Verhältnis führe mit Nothwendigkeit zu einer Verschiedenheit der Postverhältnisse.

Abg. Dr. Hartmann (deutschl.) erklärt es für zweckmäßig und schicklich, in der Frage der nationalen Postmarkten die Initiative den mit den Reservatrechten ausgestatteten Staaten zu überlassen. Bezüglich des Antrags Baumbach bemerkt der Redner, daß die Postläse bei uns durchweg niedriger seien, als anderwärts. Auch er sei der Meinung, daß die Post nicht in erster Linie des Gewinns wegen da sei; allein andererseits könne man ihr doch nicht zumuthen, ohne den Gewinn für die Gesamtheit die Interessen des einzelnen zu fördern. Der Antrag Baumbach komme vorzugsweise der großen Geschäftswelt zu gute, er bewirke daher lediglich eine Erhöhung der Geschäftskosten. Seine (Redners) Freunde glaubten jedoch, die günstige Lage des Posttats zu nützlichen Verbesserungen, nämlich zur Aufbesserung der Unterbeamten, verwenden zu können, und werden deshalb gegen den Antrag Baumbach stimmen. (Beifall rechts.)

Auf eine Anfrage des Abg. Hülsmann (nail.) betreffend das Zustellungswesen, erklärt der Direktor im Reichspostamt Dr. Fischer, daß er sich eine Antwort für später vorbehalten.

Abg. Frhr. v. Ehrlichshausen (Reichsp.) erklärt, daß man in Württemberg mit der jetzigen Posteinrichtung durchaus zufrieden sei und eine Aenderung nicht wünsche. Er schließe sich den Ausführungen des Bundesbevollmächtigten Grafen Lerchenfeld durchaus an.

Abg. Menzer (dtsch.) bringt es zur Sprache, daß die Postbestellung am Charfreitag in demselben Umfange vollzogen wird, wie an gewöhnlichen Werktagen. Das sei für die Protestanten verletzend. Wenn die Katholiken bezüglich des Frohnleichnamstages dasselbe empfänden, so könne die Frage durch gegenseitiges Entgegenkommen der beiden Konfessionen rasch und leicht eine für beide Theile befriedigende Lösung finden.

Abg. Fr. Bürklin (nail.), welcher in der Kommission die Frage der nationalen Einheitsmarke zuerst angeregt, ver-

wahrt sich gegen den in Bayerischen Blättern deshalb ihm gemachten Vorwurf des „Hochverraths“. Dieser Vorwurf sei seiner Zeit auch denen gemacht worden, welche die Abschaffung der alten bayerischen Felmeyer anregten, die thatsächlich abgeschafft worden ist. Er halte daher auch die Frage der Einheitsmarke für distastabel, ohne deshalb den Reservatrechten Bayerns und Württembergs zu rathen zu wollen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) erklärt sich gegen den Antrag Baumbach. Bezüglich der Einheitsmarke hat Redner die bereits früher geäußerten Bedenken: es müsse Orlzeit neben Einheitszeit bestehen.

Abg. Dr. Baumbach (dtsch.) befürwortet nochmals seinen Antrag. Bezüglich der Einheitsmarke könne er das „Niemals“ des Grafen Lerchenfeld nicht verstehen.

Abg. Wörmann (nail.) hält das Postreservat lediglich für eine Geldfrage. Dieselbe könne durch Uebereinkunft in sachlicher Weise gelöst werden.

Königl. bayerischer Bevollmächtigter Graf v. Lerchenfeld-Bösering betont dem Vorredner gegenüber, daß er die Frage der Reservatrechte nicht als eine bloße Geldfrage, sondern im Sinne einer Garantie für die finanzielle Selbstständigkeit Bayerns behandelt habe.

Direktor im Reichspostamt Dr. Fischer erwidert auf die Anregung des Abg. Menzer, daß die Frage, was ein all gemeiner gesetzlicher Feiertag sei, durch die Landesgesetzgebung entschieden werde. Bezüglich des angeführten Beispiels müsse er annehmen, daß es sich hier um eine Gemeinde mit nicht vorwiegend evangelischer Bevölkerung handle.

Abg. Schulz (Reichsp.) äußert sich gegen das Strafporto, welches zu Unzutraglichkeiten führe. Denn die Beamten gingen förmlich darauf aus, das Strafporto einzuziehen, wenn Sendungen auch nur um eine kleine Kleinigkeit das Gewicht überschritten.

An der weiteren Debatte, in welcher neue Gesichtspunkte nicht hervortraten, betheiligten sich noch die Abgg. Siegle (nail.), Schrader und Frhr. v. Stumm, sowie der bayerische Bundesbevollmächtigte Graf v. Lerchenfeld.

Abg. Dr. Baumbach (dtsch.) wünscht, daß über die beiden Theile sein Antrages getrennt abgestimmt werde. — Die Debatte wird geschlossen und der Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ bewilligt. Der Antrag Baumbach dagegen in seinen beiden Theilen abgelehnt.

Bei dem Titel „Postsekretäre“, in welchem in diesem Jahre 99 Stellen neu eingekleidet sind, bittet

Abg. Baumbach, mit dem Einziehen der Postsekretärstellen einzuhaltten.

Referent Abg. Jürgens weist darauf hin, daß nach einer in der Kommission abgegebenen Erklärung des Regierungsvortreters dabei nach einem bestimmten Plane vorgegangen werde; statt der 99 wegfallenden Sekretärstellen seien 128 höhere Stellen eingefügt; die Umwandlung werde in kurzer Zeit beendet sein.

Bei Tit. 23 (Vorsteher der Postämter III. Klasse — Postverwalter) spricht Abg. Schmidt (Eberfeld) seine Freude darüber aus, daß die Gehälter der Postverwalter in diesem Etat etwas aufgebessert worden sind, hofft aber, daß sie im Laufe der Zeit den Oberassistenten gleichgestellt werden.

Direktor im Reichspostamt Dr. Fischer: Die Gehälter der Postverwalter sind seit 9 Jahren entsprechend ihren größeren und verantwortlicheren Funktionen fortwährend aufgebessert worden. Wir betrachten diese Gehaltsaufbesserungen noch nicht für abgeschlossen.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Tit. 24 (Telegraphengehilfinnen) weist Abg. Baumbach auf die bisher unmißsprochene Verheerung hin, daß in der letzten Zeit im Berliner Fernsprechnetz weibliche Personen Verwendung gefunden haben. Nun liebe sich ja gar nichts dagegen einwenden, daß auch im Fernsprechnetz weibliche Beamte in größerem Umfange angestellt werden. Dagegen aber möchte man entschieden Einspruch erheben, wenn man will, wie es heiße, etwa männliche Beamte entlassen werden sollten, um billigeren weiblichen Kräften Platz zu machen. Man sollte doch nicht ein paar hundert Beamte droilos machen. Unter den ungünstigsten Verhältnissen seien die Telephonisten bei einer ziemlich färglichen Besoldung zur Zufriedenheit der Vorgesetzten ihrer schwierigen Aufgabe gerecht geworden. Sie verdienten, statt entlassen zu werden, zum Theil etatsmäßig zu werden.

Direktor Fischer: Es handelt sich gar nicht um eine Beseitigung des vorhandenen Fernsprechnetzpersonals, wie dem Herrn Vorredner nicht sehr wahrheitsgetreu mitgeteilt worden ist, sondern um einen Verlust an einem der neuen Fernsprechnetze — es wurden 10 junge Damen angestellt —, ob die Verwendung weiblicher Personen vortheilhafter ist als die Verwendung weiblicher Telegraphistinnen im Telegraphendienst. Den Anlaß zu dieser Maßregel hat die Wahrnehmung gegeben, daß die höherliegenden Stellen der Damen im Fernsprechnetzvermittlungsdienst eine bessere Befähigung bewirkten. Bei Anstellung dieses Verlusts ist auch nicht eine einzige der im Fernsprechnetz beschäftigten männlichen Personen entlassen worden, und es wird auch keiner entlassen werden, wenn er brauchbar ist, zumal die Zahl der fernsprechenden Personen in Berlin wächst, und das Personal zum Theil wieder auswehnet. Es hätte also der Maßnahme zur Menschlichkeit nicht bedurft. Die Ermägung besteht auch nach wie vor, ob nicht die Fernsprechnetzbeamten nach längerer Dienstzeit angestellt werden. (Beifall.)

Abg. Baumbach: Die Fernsprechnetzbeamten werden dem Herrn Direktor für diese beruhigende Erklärung gewiß sehr dankbar sein, bestanden hat eine Beunruhigung thatsächlich.

Der Titel wird bewilligt.

Die Titel 25, 26, 27 enthalten die Ausgaben für die Unterbeamten, Botenmeister, Postkassierer, Paketträger, Stadtpostboten und Landbriefträger.

Titel 28 enthält die darauf bezüglichen Wohnungsgeldzuschüsse.

Abg. Singer beantragt, die Gehälter der Unterbotenmeister, Postkassierer, Paketträger und Stadtpostboten von 800 auf 850, die der Landbriefträger von 650 auf 700 M. zu erhöhen.

Die Abgg. Richter und Baumbach beantragen, den Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob nicht der Wohnungsgeldzuschuß für die unteren Beamten, den Lebensverhältnisse entsprechend, einer Erhöhung zu unterziehen sei.

Abg. von Ow beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob nicht die Gehälter für die unteren Beamten einer Erhöhung zu unterziehen seien.

Abg. Singer: Unmöglich kann die Postverwaltung im Reichspostamt Hauptzweck sein. Ein Kürzung des Überschusses von 26 Millionen um 2½ Millionen — die Hilfsboten würden dann auch berücksichtigt sein — würde auch gar nicht ins Gewicht fallen. Keine Verwaltung stellt an die Opfer-



bestiges Fieber ein, es folgten Schmerzen in verschiedenen Theilen des Körpers, dazu gesellte sich eine große Mattigkeit und Schwäche, und man erhielt den Eindruck, als wäre irgend eine große Krankheit im Anzuge, eine Lungenentzündung, eine Rippenfellentzündung, vielleicht gar ein Typhus. Als bald erkrankten unter denselben Erscheinungen auch mehrere Wärterinnen, darunter merkwürdiger Weise die kräftigsten Frauen. Allen diesen unter so beunruhigenden Symptomen erkrankten Personen geht es wieder ganz gut. Eine wirkliche Gefahr war also nicht vorhanden. Einer der jüngeren Ärzte, der am Freitag Schüttelfrost und bestiges Fieber besiel, das bis 40 Grad stieg, konnte bereits am folgenden Tage seinem Beruf wieder nachgehen. Das schwere Unwohlsein, das die Angehörigen des jungen Mannes und die herbeigerufenen Ärzte in lebhaftest besorgnis versetzt hatte, verschwand ebenso plötzlich, wie es gekommen war, ohne irgend welche Folgen zurückzulassen. In allen diesen während der letzten Woche in Wien vorgekommenen Fällen sprachen sich die medizinischen Autoritäten dahin aus, daß die Betreffenden von der „Influenza“ erfaßt seien. Die Krankheit soll in Wien schon im vorigen Jahrhundert bekannt gewesen sein; damals hat man sie „Blüthentareh“ genannt. In diesem Jahrhundert ist sie an vielen Orten, aber nur selten aufzutreten; sie kommt von Norden und Osten und wandert in westlicher Richtung über die ganze Erde, ergreift sogar Schiffmannschaften auf offenem Meere, wird also durch die Luft übertragen.

**Der Unfall,** welcher am Sonnabend voriger Woche auf dem Terrain der Unfallvorhütungs-Ausstellung durch den Zusammenbruch des Gerüsts herbeigeführt wurde, welches zum Zwecke der Abtragung des zweiten eisernen Schornsteins des Maschinenhauses errichtet worden ist, liefert den Beweis, daß mit einer solchen Paradeausstellung für die Sicherheit der Arbeiter gar nichts erreicht ist, wenn der Bauleiter von dem Pflichtgefühl der moralischen Verantwortlichkeit für die Sicherheit der ihm unterstellten Arbeiter nicht durchdrungen ist. Daß die strafrechtliche Verantwortlichkeit solchen Mangel nicht erkennen kann, beweisen uns die ungeachtet vieler gerichtlicher Bestrafungen wiederholte vorkommenden Unfälle. Die höheren und gebildeten Klassen, zu welchen sich die Bauleiter verschiedener Krieger doch zählen, fehlt eben das Bewußtsein, daß die Arbeiter ihnen gleichwertige Wesen seien. In Berlin kann kaum ein öffentlicher Bau vollendet werden, bei welchem nicht Arbeiter zu Schaden gekommen wären und zwar nicht durch eigenes Verschulden. Unsere Gelehrten sprechen so gern von uns Deutschen als dem Volke der Denker (in diesem Falle halten sie sich für das Volk) bis jetzt hat aber die Denkfraft dieser Gelehrten noch nichts dazu beigetragen, wirkliche Menschenliebe in jenen sogenannten höheren Kreisen zu verbreiten. Verachtung und Geringschätzung in jenen nehmen vielmehr zu. Wie hoch erhaben über unseren deutschen Baumeistern steht nicht der Franzose Eiffel da. Sein höchster Ruhm ist nicht der, einen eisernen Thurm von bis jetzt unerreichter Höhe gebaut zu haben, sondern der, daß bei diesem Riesenaue kein Menschenleben geschädigt worden ist. Der Mann ist mehr als berühmter Baumeister, er ist Menschenfreund. Man sage nicht etwa, es sei ein Glücksfall, es ist seiner, Eiffel hat sich sicher nur mit solchen Leuten umgeben, von denen er wußte, daß ihnen ein hohes Pflichtgefühl innewohnt, das durch sein Beispiel jedenfalls noch gestärkt worden ist.

Als Beispiel von mangelnder Vorsicht mag noch folgender Vorgang dienen. Am Sonnabend voriger Woche gegen Mittag wurde bei dem Wasserbau am Mühlendamm ein aus starken Balken zusammengefügt mit Eisenbeschlag versehenes Rahmen, auf welchem eine Dampfmaschine aufgestellt werden soll, von einem Rollwagen abgeladen. Etwa 16 Mann waren zu dieser Arbeit bestimmt. Zu dieser schwierigen und gefährlichen Arbeit schien kein Aufseher bestellt zu sein, denn einer von den Arbeitern, der selbst Hand mit anlegte, sann doch als einer, der das Abladen leitete, nicht betrachtet werden. Jemand welche Vorkehrungen waren nicht getroffen, der schwere Rahmen wurde nicht auf festen Boblen vom Wagen herunter gleiten gelassen, die Arbeiter mußten ihn herunter heben und niederlegen. Viele derselben hatten Pantinen an den Füßen. Zu solcher Arbeit müssen die Arbeiter Stiefel oder Schuhe tragen, weil das Gehen in Pantinen unsicher ist und weil, wenn einer stolpert oder fällt, nicht er allein, sondern alle Mitarbeiter gefährdet werden. Der erbärmliche Lohn, der gezahlt wird, drängt aber die Arbeiter dazu, die Stiefel zu sparen. Uebrigens kam beim Niederlegen des Rahmens eines Arbeiters Pantine mit der Spitze unter demselben, der Ralm wukte an der betreffenden Stelle gebogen werden, um die Pantine hervor zu ziehen. Hätte der Fuß ganz in der Pantine gesteckt, wären die Beine abgequetscht gewesen.

**Die Suddelerei in den Straßen der Stadt** findet gegenwärtig in einem Umfange statt, wie es im Sommer des Jahres, wo derartige bauliche Anlagen ausgeführt zu werden pflegen, nicht größer gewesen ist und als ganz besonders störend für den Verkehr erweist sich der Umstand, daß auch die Bürgerheige von dieser Verarbeitung nicht verschont bleiben, die übrigens in den verschiedensten Gegenden der Stadt vor sich geht. Der Opernplatz ist schon seit Wochen zwischen dem Schauhaufe und dem Eingange zur Oberwallstraße aufgerissen; in der Wilhelmstraße wird ebenfalls seit Wochen gebuddelt und ebenso in der Leipzigerstraße. Bald werden die Kabelleitungen der elektrischen Straßenbeleuchtung nachgeholt, bald ist eine Gasrohrleitung nicht in Ordnung und macht große Nachgrabungen nötig, bald wird ein Anschluß an die Elektrizitätsleitung vorgenommen und in jedem einzelnen dieser Fälle hält sich das Publikum möglichst vor dem durch die Sandhaufen bedrängten Bürgerheige zurück und beachtet natürlich auch nicht die Verkaufsläden, welche in solcher Gegend liegen. Diese Störungen, welche sich schon jetzt in verhältnismäßig kurzen Zwischenräumen wiederholen, werden auch in Zukunft wiederkehren und erweisen sich also für die Ladeninhaber keine erfreulichen Ausichten. In den Kreisen der Architekten werden diese Uebelstände auch rückhaltlos anerkannt und der einzige Ausweg, diese Störungen des Straßenverkehrs völlig zu beseitigen, wird in der Anlegung gesammelter unterirdischer Kanäle erblickt, welche die gesammten unterirdischen Rohrleitungen und Kabel in sich aufnehmen und eine Revision und Reparaturen zu jeder Zeit gestatten, ohne daß das Aufnehmen des Erdbodens nötig wird. Die Stadt Paris hat ihre Kanalisation, welche die Abwässer aus der Stadt führt, gleich in einem Umfange eingerichtet, daß die gesammten Rohren- und Kabelleitungen in diesen Kanälen mit untergebracht worden ist.

**Am einen Fuß.** Eifersucht hatte schon lange den Hausfrieden eines in der Kuppelstraße 3 wohnenden Ehepaares gestört; die Eifersucht der Frau gegen ihren Mann, der ein ehrlicher Damenschneider ist, wurde, kaum beschwichtigt, immer wieder rege, sobald sie eine der für das Geschäft ihres Mannes thätigen Damenmäntelherinnen das Haus betreten sah. Von Zeit zu Zeit gab es also bestige Eifersuchtsausbrüche, lebhaftest Handstreichungen; der Meister war das mit den Jahren schon gewohnt geworden, freute sich immer, wenn es ihm durch gütliches Zureden gelungen war, wenigstens auf einige Zeit wieder den Frieden zu sichern, und hoffte eine Besserung nur von der Zeit. Es war eine Politik von Fall zu Fall, mit der man sich begnügen muß, wenn ein radikaler Austrag der Sache, eine Ausrottung der Wurzeln des Uebels nicht zu erreichen. Daß die Sache noch einmal einen tragischen Ausgang nehmen könnte, daran dachte der biedere Mann von der Rabel nicht. Zwischen nahe, wie alljährlich, die Geburtsstagsfeier desselben; unter den zu diesem Feste geladenen Gästen bestand sich auch die Mäntelherin Fräulein Elise S., eine achtzehnjährige Blondine. Man scherzte und war sehr froher Laune bei

dem Feste; insbesondere bestand sich das 44jährige Geburtstagskind in freudigster Stimmung. Unglücklicher Weise kam der Mann, ungedenkt der Erfahrungen, die er bereits mit seiner Gattin gemacht, im Uebermuth auf den Gedanken, der reizenden Blondine im Scherz ein Küßchen zu rauben, und zwar vor den Augen seiner Frau. Das aber war der Besten zu viel; bald schlich sie davon; man rief, man suchte — im ganzen Hause keine Spur von ihr, bis schließlich ein kleiner Junge erzählte, er habe sie mit einem Schlüssel in der Hand die Treppe hinaufgehen sehen. Der Gatte eilte hinterher und überraschte seine Frau auf dem Boden, wie sie gerade eine Schnur um einen Balken befestigte, — in welcher Absicht, war leicht zu errathen. Nur mit Mühe konnte sie von diesem Vorhaben abgebracht werden, bequeme sich aber doch endlich zur Rückkehr in ihre Wohnung. Bald jedoch benutzte sie einen Augenblick des Alleinseins, um unbemerkt aus dem Hause zu verschwinden; wie sie einige Stunden früher geäußert hatte, wollte sie zu ihrer Schwester in der Vittumstraße, war aber dort bis Abends 10 Uhr noch nicht eingetroffen. Es wird nun eifrig nach ihr gesucht, bis jetzt erfolglos. Der oben erzählte Vorfall hatte die Festgäste alsbald verschreckt. Fräulein Elise aber, die wieder ihren Willen Geküßte, die ungeschuldige Ursache der Eifersucht der Meistersgattin, hat erklärt, fortan nur noch für andere Geschäfte Mäntel nähen zu wollen.

**Unglücksfall oder Selbstmordversuch.** Ein eigenartiger Unglücksfall wird vom Sonnabend Abend aus der Invalidenstrasse gemeldet. Gegen 9 Uhr passirte genannte Straße ein etwa 20jähriges Mädchen mit einem Reisekoffer in der Hand, vom Lehrter Bahnhof kommend. Als sie sich vor dem Direktionsgebäude der Hamburger Bahn befand, nahe ein Pferdebeschlagwagen der Linie Rosenhaler-Thor-Neubau. Schnell verließ die Unbekannte den Bürgersteig, schritt quer über den Fahrdamm und lag im nächsten Augenblick auf dem Schienenwege direkt vor den Pferden. Nur der raschen Entschlossenheit des Kutschers ist es zu danken, daß das Mädchen nicht überfahren wurde. Es hatte jedoch durch den Sturz schweren Schaden genommen und wurde bewußlos nach dem nahen Direktionsgebäude gebracht, wo es eine Stunde lang, ohne zur Bewußtsein zu kommen, liegen blieb und in diesem Zustande endlich von der hinzugerufenen Polizei nach der Charité geschafft wurde. Hier wurde eine Gehirnerschütterung konstatiert. Da man es mit einem Unglücksfall oder einem Selbstmordversuch zu thun habe, ist noch nicht aufgeklärt, ebensowenig die Identität der Verunglückten festgestellt, da das Mädchen keinerlei Identificationspapiere bei sich trug.

**Ein allem Anschein nach sorgsam „ausbaldowertes“** und nach allen Regeln der Kunst ausgeführter Einbruch hat in der Nacht zum Sonnabend in einem größeren Delikatwaaren-geschäft in der Deubthofstraße stattgefunden. Vom Hausflur her war mittelst der „Eile“ die eiserne Thür erbrochen; die „Kaber“ hatten den Weg zum Komtoir und zur Kasse mit großer Sicherheit zu finden gemocht und etwa fünfshundert Mark bares Geld als Beute davongetragen. Das scheint den Herren aber nicht lohnend genug gewesen zu sein, denn man fand die Bücher aufgeschlagen, gleichsam revidirt und im Fakturenbuch in schöner Rundschrift die Worte eingetragen: „Viel zu wenig.“ Im Laden war zu bemerken, daß die Herren von den dortigen Vorwänden gefürchteten und dabei sich die Zeit genommen hatten, die Bücher der Verkäuferinnen mit Randziffern zu versehen. Diese Gemüthlichkeit hat die Herren Spitzbuben aber nicht verhindert, ein großes Transchmesser, anscheinend als Waffe für alle Fälle, aus dem Laden in's Komtoir mitzunehmen! Ebenso sind sämtliche Schlüssel, die in den Räumen zu entdecken, als brauchbares Material entführt worden, und der Geschäftsherr hatte am nächsten Tage noch das Vergnügen, alle Schlösser, auch die in seiner Privatwohnung, abändern lassen zu müssen. Dagegen hat einer der nächtlichen Besucher, statt einer Visitenkarte seinen Handschuh, einen mächtigen grauen Fäustling, zurückgelassen: dieser Handschuh ist seitens der Polizei aufgehoben worden, und kann vielleicht auf die Spur der ungetreuen Gäste führen.

**Sturz vom Dach.** Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am gestrigen Vormittage gegen 10 Uhr in der Besseltstraße. Dortselbst war auf dem Dache des vierstöckigen Hauses Besseltstraße 17 der bei dem Schornsteinfegermeister Nagel in der Mauerstraße angestellte 23jährige Geselle Herrmann mit zwei Kollegen mit der Reinigung der Schornsteine beschäftigt. Er hatte bereits das Dach erstiegen und war aus dem Schornstein herausgestiegen, als er plötzlich, wohl infolge der Glätte und des Schnees auf demselben auslitt und die schräge Fläche nach der Straße zu hinabglitt. Mit einem entsetzlichen Schrei, dem wenige Sekunden darauf ein dumpfer Aufprall auf dem Straßenpflaster folgte, stürzte er so unglücklich auf die Bord-schwelle des Bürgerheiges, daß er sofort bewußlos und blutüberströmt liegen blieb. Der Unglückliche wurde mittelst Krankenwagens sofort nach der Charité überführt; der Zustand des Bedauernswerthen ist ziemlich hoffnungslos.

**Selbstmord in der thierärztlichen Hochschule.** Durch die Detonation eines Schusses wurden gestern Vormittag die Studirenden der Militär-Roharschule, die nach der Seite der Karlsruher mündet, alarmirt. Dem Schalle nachgehend, fand man in einem Nebenraume einen Studirenden, Namens L., mit dem Tode ringend vor. Derselbe hatte sich mit einem Revolver einen Schuß in den Kopf beigebracht. Wie verlautet, soll derselbe im letzten Examen durchgefallen sein und sich aus Verzweiflung hierüber den Tod gegeben haben.

**Polizeibericht.** Am 9. d. M. sprang ein Mann, nachdem er sich zuvor in seiner Wohnung in der Reichenbergerstraße mittelst eines Küchenmessers die Pulsader am linken Handgelenk durchschnitten hatte, am Görlicher Ufer in den Landwehr-Kanal, wurde halb erstickt aus dem Wasser gezogen und zuerst nach seiner Wohnung und von da nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht. — Zu derselben Zeit wurde ein Mann im Hause Alvenslebenstr. 17 erhängt aufgefunden. — Auf dem Dorotheenstädtischen Kirchhofe in der Felsenstraße wurde Mittags die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden und nach dem Schauhaufe geschafft. — Nachmittags wurde vor dem Hause Großgörschstr. 20 ein Unbekannter, etwa 14 Jahre alter Knabe von einem beladenen Viehwagen überfahren und so schwer verletzt, daß er auf der Wache des 78. Polizei-Regiments, wohin er geradelt worden war, bald darauf verstarb. — Abends fiel ein Mann an der Ecke der Chaussee- und Invalidenstrasse beim Abpringen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebeschlagwagen zu Boden und zog sich eine nicht unbedeutende Verletzung am Hinterkopfe zu. — Am 9. d. M. Nachmittags fanden in der Defflingerstr. 20A und in der Nacht zum 10. d. M. in der Unterwasserstraße 9A kleinere Brände statt.

## Gerichts-Beitung.

**Wegen Autounterschlagung** stand in der letzten Schwurgerichtsperiode der Postassistent G. unert vor den Geschworenen des hiesigen Landgerichts I; jetzt ist derselbe nach längerer Untersuchungshaft wieder auf freien Fuß gesetzt und das Verfahren gegen ihn eingestellt worden, weil sich ergeben hat, daß der Mann ein Opfer der „traumatischen Neurose“ geworden ist. Es ist dies diejenige Form der Neurose, welche meistens bei solchen Leuten beobachtet wird, die ein Eisenbahnunglück mit durchgemacht und dabei große Angst ausgestanden haben. Der Angeklagte hatte in der Zeit, wo er noch im Orientapostdienst beschäftigt war, einen Eisenbahnunfall erlebt und sich dabei so tief und unheimlich erschreckt, daß er von der obersten Polizeibehörde eine Belobigung für sein Verhalten erhielt. Er ist

mit der Zeit immer nervöser geworden und es zeigten sich alle Anzeichen der traumatischen Neurose. Wiederholte Versuche, seine Verabschiedung unter Pension zu erlangen blieben erfolglos, dagegen erwirkte er sich Anfangs dieses Jahres einen längeren Urlaub. An dem Tage, an welchem ihm dieser zugebilligt wurde, begann er die Unternehmung in einer so unbegrifflich einsältigen Weise, daß dieselbe bei der 3 Tage darauf zu erwartenden Rekonvaleszenz ohne Weiteres entsetzt werden mußte. Der Angeklagte war seiner That auch geküßigt, dagegen erwirkte sein Verteidiger, R. A. Dr. Rosenstock, eine Verlegung des Termins, weil er eine Untersuchung des geistigen Zustandes des Angeklagten für erforderlich hielt. Er behauptete nämlich, daß infolge jenes Eisenbahnunfalls der Angeklagte dem Zustande der „traumatischen Neurose“ verfallen und bei der That die freie Willensbestimmung bei ihm ausgeschlossen gewesen sei. Die von dieser Richtung hin angestellten Untersuchungen der Sachverständigen haben diese Behauptung bestätigt und infolge dessen ist der Angeklagte aus der Untersuchungshaft entlassen und das Verfahren gegen ihn eingestellt worden.

**Die bekannte Thatsache,** daß Taubstumme sehr leicht vom Jähzorn sich fortsetzen lassen, wurde gestern wieder einmal durch eine vor dem Schöffengericht geführte Verhandlung gegen einen Taubstummen Namens S. n. e. d. e. r. bestätigt. Derselbe hatte sich wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung zu verantworten — eine Vernehmung geschah in der Zeichenprache durch Vermittelung der Dolmetscherin Frau Lehrer S. n. e. d. Der Angeklagte ist trotz seines Gebrechens ein sehr lebenslustiger Mann und besucht als solcher mit seiner Braut mit Vorliebe ein volkstümliches Tanzlokal, wo er mit seinen Freunden zusammentrifft und sich dem Vergnügen des Tanzes hingiebt. Eines Sonntags glaubte er zu bemerken, daß einer seiner Freunde beim Kontretanz mit seiner Braut etwas harnirte und es kam darüber zu einem so heftigen Austritte, daß der Angeklagte mißsammt seinen Freunden aus dem Lokal gewiesen wurde. Der Angeklagte rächte sich dadurch, daß er von außen eine Fensterscheibe zertrümmerte und draußen mit einem erschlagenen Bierfidel auf zwei seiner Freunde losließ, so daß dieselben mehrere Verletzungen davon trugen. Der Angeklagte führte seine Vertheidigung unter ungeheurer lebendigen Festen, um anzudeuten, daß er nicht der Bestimmer der Scheibe gewesen und sich in der Nothwehr befunden habe. Die Beweisaufnahme ergab das Gegentheil. Trotz der Gütlichkeit des Urtheils bewilligte der Gerichtshof dem Angeklagten mildernde Umstände, welche er in der bekannten Thatsache fand, daß Taubstumme jähzorniger zu sein pflegen, als andere Menschen. Der Angeklagte wurde deshalb nur zu 40 M. Geldbuße ev. t. 8 Tagen Gefängnis verurtheilt.

**Eine Schwindlerin,** die es mit Erfolg verstanden hat, hiesigen Brauereiern zu brandstählen, stand gestern in der Person der Frau mannswillige Marie Palm vor der 80. Abtheilung des Schöffengerichts. Auf Grund eines gefälschten Schreibens führte sie sich als die in Noth gerathene Wittwe eines früheren Brauereibesizers aus Gemnig ein und 22 Brauereien fanden sich veranlaßt, der angeblichen Wittwe eines Jaggenossen mit zum Theil nicht unerheblichen Geldunterstützungen unter die Arme zu greifen. Da die Angeklagte nachwies, daß sie sich überhaupt in großer Noth befunden, so billigte der Gerichtshof ihr mildernde Umstände zu und verurtheilte sie zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen, die durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde.

## Verhandlungen.

**Die letzte Kommunal-Wählerversammlung** des 17. Wahlbezirks vor der Stichwahl, welche am Montag Abend im Lokale des Herrn Krüger, Wasserthorstr. 68 stattfand, war außerordentlich stark besucht. Nachdem die Herren Krüger, König und Piesländer ins Bureau gewählt waren, referirte Herr Stadthagen über die Bedeutung der bevorstehenden Stichwahl. Derselbe betonte den Eingang seines Vortrages, daß die sozialdemokratische Partei auf die Stimmen verachte, welche nicht aus Ueberzeugung für sie abgegeben würden. Wir wünschen nur sozialdemokratische Stimmen und rechnen durch diese auf den Sieg, der uns zu Theil werden wird, wenn von Mund zu Mund die richtige Agitation stattfindet. Redner verbreitete sich nunmehr über verschiedene wichtige Punkte in der Stadtverwaltung und sprach sich besonders für die Erhöhung der Armenunterstützung und für Beseitigung der städtischen Lehrer. Die „Führungslisten“, welche man für die Lehrer anlegen müßten beseitigt werden, da dieselben leicht zur Beschränkung der Freiheit der Lehrer dienen könnten. Große Heiterkeit erregten die Ausführungen des Referenten in Bezug auf die von den Stadtvätern gegen die freireligiöse Gemeinde ausgeübte „Toleranz“. Mit der Wissenschaft rebe unsere „freireligiöse“ Stadtvertretung auf gespanntem Fuße, andernfalls würde sie Institute wie die „Arania“ selbst errichtet haben. Dello mehr Gehmach entwickle man für die bekannten Festschule, die dem Geschmack der Herrschenden Rechnung tragen. In der nächsten Zeit werde wieder eine heikle Frage an die Stadtväter herangetragen; es handle sich um die Niederlegung der Schloßfreiheit. Für diesen Plan würden auch die sozialdemokratischen Vertreter sein, wenn man dort nützliche Schulen oder ein Versammlungslokal errichten wolle. Weder die Macht der Polizei noch die Macht der Geseke können die sozialdemokratischen Lehren vernichten, weil diese auf einer moralischen Grundlage beruhen. Man kann nicht dem Frühling verbieten, Blätter zu bringen und ebenso wenig die Ausbreitung unserer Grundzüge verhindern. Man hat das letzte Flugblatt für diesen Wahlbezirk nicht genehmigt und dieses Verbot mit dem Sozialistengesetz zu begründen versucht. Mag man aber auch dieses Gesetz noch so sehr interpretiren, wir werden dennoch den Sieg erringen. (Lebhafter Beifall.) Herr Bömer, der sozialdemokratische Kandidat für den 17. Wahlbezirk, hob hervor, daß Herr Richter, der liberale Kandidat dieses Bezirkes, soeben in einem Flugblatt erklären lasse, daß er (Richter) vollständig unabhängig sei. Er habe immer den Signosaal verlassen, wenn die Gasfrage in der Stadtvorordneten-Versammlung erörtert wurde. Alle Stadtvorordnete könnten ihm dies bezugehen. Unter großem Beifall der Versammlung konstatierte Herr Bömer, daß grade diese eigenen Angaben des Herrn Richter den Beweis für eine gewisse Abhängigkeit liefern, andernfalls hätte er doch nicht nötig gehabt, sich bei den Verhandlungen über Gasfragen zu brüden. Mit diesem „Sichdrücken“ könne aber den Wählern nicht gebiet sein und logischer Weise müßten sie ihre Stimme einem Manne geben, der bei allen wichtigen Fragen ein Wort mitreden kann. Die Wahl habe auch eine weit größere Bedeutung, als allgemein angenommen werde. Die Kernfrage sei, ob in der Stadtvertretung als oberster Grundgesetz gelten solle, daß dieselbe der Bürger halber vorhanden ist und nicht die Bürger der Stadtvertretung wegen da sind. Gegen diesen Grundgesetz richten sich die Prinzipien der sogenannten liberalen Partei, während die Sozialdemokraten ihn konsequent durchführen wollen. Die Einrichtungen auf kommunalem Gebiete in diesem Sinne umzugestalten soll unsere Aufgabe in der Stadtvertretung sein. Herr Klein kennzeichnet in längerer Ausführungen den „Freisinn“ der Liberalen, welche nicht einmal Redefreiheit in ihren Versammlungen gestatten. Herr Krause machte darauf aufmerksam, daß 170 Fischer in diesem Bezirk beim ersten Wahlgang nicht gewählt haben. Das sei eine Blamage für seine Kollegen. Herr Wegner wies auf die bevorstehenden Reichstagswahlen hin, welchen die Stadtverordnetenwahlen gewissermaßen als Pflanzergesichte voraus-



# 2. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 290.

Mittwoch, den 11. Dezember 1889.

6. Jahrg.

## Kommunales.

Die Niederlegung der Schlossfreiheit wird die Stadtverordneten-Versammlung bereits in ihrer nächsten Sitzung beschließen. Der Magistrat hat dieselben eine diesbezügliche Vorlage unterbreitet und um nachstehenden Beschluss ersucht: Unter der Voraussetzung, daß dem Komitee für die Niederlegung der Schlossfreiheit die staatliche Genehmigung zu dem von ihm geplanten Lotterielos erteilt wird, und unter der ferneren Voraussetzung, daß dem Magistrat durch Erklärung der kompetenten Behörden der Nachweis erbracht wird: es werde, falls es zur Niederlegung der Privathäuser an der Schlossfreiheit kommt, auch das an der Ecke dieser Straße belegene Grundstück, zur Zeit an den Restaurateur Helms verpachtete Grundstück ohne Inanspruchnahme einer Entscheidung sergielegt werden, ermächtigt die Versammlung den Magistrat, über die Niederlegung der Schlossfreiheit bei der Niederlegung der Schlossfreiheit mit dem gedachten Komitee folgende Vereinbarung zu treffen:

- 1) In die von dem Komitee mit den Eigentümern der Häuser abzuschließenden Kaufverträge wird folgende Bestimmung aufgenommen: Die Verkäufer verpflichten sich, die Kaufzahlung an die Stadtgemeinde Berlin zu bewilligen. Der Magistrat ist bereit, diese Kaufzahlung entgegen zu nehmen.
  - 2) Auf Verlangen des Komitees ist der Magistrat bereit, die Verwaltung der Häuser bis zu dem Abbruch zu übernehmen. Der Abbruch erfolgt auf Kosten des Komitees und zwar spätestens im Laufe des dritten Quartals des Jahres 1892.
  - 3) Die Stadt übernimmt das durch den Abbruch der Häuser freigelegte Terrain als einen öffentlichen Platz, auf welchem das in § 6 unter a des Vertrages vom 11. des 30. Dezember 1875, betreffend die Uebernahme der fiskalischen Straßen- und Brückenbauverträge, dem Staate vorbehaltenen Recht Anwendung findet. So weit der Staat von diesem Rechte Gebrauch macht, behält sich die Stadtgemeinde die Beschlußnahme über die Gestaltung des Platzes vor, wird aber die Ausschöpfung der Genehmigung des für diese Gestaltung aufzustellenden Projektes einholen.
  - 4) Der Magistrat ist bereit, die aus der Verwaltung der Grundstücke (Nr. 2) ausfallenden Gelder in Verwaltung zu nehmen und aus dem Bestande derselben die von drei Mitgliedern des Komitees beantragten Zahlungen zu leisten.
- Der Inhalt dieser Vorlage entspricht dem bereits bekannten Beschluss des Magistrats.

## Elberfelder Sozialistenprozess.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Zeuge Schmidt, Regierungsdirektor zu Braunschweig (vereidigt): An die Untersuchung gegen Lorenz kann ich mich nicht mehr erinnern. Untersuchung bei ihm hielt ich selbst nicht; es wurde mir nur davon gemeldet. An seine Vernehmung kann ich mich nicht mehr erinnern.

Zeuge Wilkesmann, Wirth zu Rosenhöhe (vereidigt): Versammlungen oder Zusammenkünfte fanden bei mir nicht statt.

Zeuge Söhngen (war Beschuldigter) wird entlassen. Zeuge Karl Frewel gleichfalls.

Zeuge Schwensfeier, Gendarm, früher in Ronsdorf (vereidigt): Ernst Wille und Gutefunk sind mir bekannt. Wer in Ronsdorf den „Soz.“ erhalten, weiß ich nicht. Reinhold Walter hatte die „New-Yorker Volkszeitung“. Ich selbst habe sie auf der Post beschlagnahmt. Ich weiß, daß Wille Sozialdemokrat ist; weiter kann ich ihm nichts nachsagen.

Zeuge Wilhelm Stute, Geizhändler zu Aachen (vereidigt): Früher war ich in Ronsdorf; von einer Organisation weiß ich nichts. Sozialdemokratische Blätter wurden dort gehalten. Ein Koutert mit dem „Soz.“, der „Freiheit“ und der „New-Yorker Volkszeitung“ wurde mir einmal zu geschickt. Als war es einmal Leute bekommen, die ich für Sozialdemokraten hielt. Im Lesevereine waren nur Sozialdemokraten.

Ernst Wille: Ich bestreite, daß im Lesevereine nur Sozialdemokraten waren; sogar Strengkonfessionäre waren darin.

Es tritt eine Pause von 20 Minuten ein.

Der Präsident verliest darauf Schreiben von den zwei Landrathsherrn Lennep und Westmann, wonach den Gendarmen untersagt wird, ihre Gewährsmänner zu nennen, auch die Verfasser der anonymen Briefe.

Staatsanwalt: Ich habe zum 13. d. Mts. eine Anzahl Zeugen geladen, Polizeibeamte, die früher Untersuchungen geführt.

Rechtsanwalt Lenzmann: Haben diese Polizeibeamte auch Mittheilungen ihrer Gewährsmänner berichtet? Zur Aufklärung würden wir eventuell Vortrag der Hauptverhandlung beantragen müssen, um das „neue Beweismaterial“ zu prüfen. Jetzt will ich noch keinen Antrag stellen.

Staatsanwalt: Die Polizeibeamten sollen über Amtshandlungen aussagen. Es sind Beamte aus Frankfurt a. M., Berlin, Magdeburg und Altona.

Rechtsanwalt Schwesiger verliest mehrere Namen von Mitgliedern des Lesevereins von Ronsdorf. Ich beantrage die Ladung einiger Zeugen, da Stute aussagte, im Ronsdorfer Lesevereine seien nur Sozialdemokraten.

Rechtsanwalt Lenzmann: 1887 sollen die Brüder Hinte bei einer geheimen Versammlung gewesen sein; zu der Zeit waren sie auf einer Hochzeit in Magdeburg. Das ist nachzuweisen und ich beantrage, die betreffenden Personen zu laden. Dann wäre eine Unrichtigkeit der Polizeiberichte festgestellt.

Zeuge Joh. Hubert Tillmanns, Chauffeuraufseher zu Lennep (vereidigt): In einer Wirthschaft wurde einmal von Schürmann ein Flugblatt auf den Tisch gelegt. Weiter weiß ich nichts.

Schürmann: Das Flugblatt habe ich auf den Tisch gelegt.

Zeuge Hermann Alberti, Wirth zu Revoiges (vereidigt): Meist kommt geschäftlich nach Revoiges. Er logirte einige Mal bei mir. Von Berathungen weiß ich nichts. In die Stube konnte Jedermann kommen, sie war offen. Nach Hamm war einmal bei mir. Am Fastnachtsmorgen war einmal Kaiser bei mir; da war der Vorfall mit dem „Parteischild“. Er wechselte für 9 Mark Pfennige bei mir ein.

Zeuge Karl Alberti, Metzger zu Revoiges (vereidigt): Hamm war einmal bei mir; ob Kaiser zugegen war, weiß ich nicht. Meist war bei mir. Es können auch Andere dabei gewesen sein. Es war in der öffentlichen Wirthshube.

Zeuge Wiese mann, Gendarm (vereidigt): Es wurde uns mitgetheilt, daß im Walde eine geheime Versammlung sein sollte. Wir gingen hin, aber Reden habe ich nicht gehört.

Zeuge Karl Dannhäuser, Feilenhauer zu Pohlhausen bei Wermelskirchen (war Beschuldigter) wird unvernommen entlassen.

Zeuge Karl Friedrichs, Feilenhauer zu Pohlhausen bei Wermelskirchen (vereidigt): Meist war einmal bei Dannhäuser, wo ich zugegen war. Von soz. aldemokratischen Versammlungen weiß ich nichts.

Zeuge Albert Pfeiffer, Feilenhauer zu Pohlhausen (vereidigt): Ich war zugegen, als Meist bei Dannhäuser war. Es wurde nur über Lohnverhältnisse gesprochen.

Zeuge Wilhelm Leymann, Tagelöhner zu Barmen (vereidigt): Ich erhielt einmal von Menzel ein Flugblatt und zeigte es an. Dagegen verlor ich die Arbeit; ich mußte sie selbst aufgeben.

Zeuge Rautenbach, Gendarm zu Velbert, früher in Cronenberg (vereidigt): Vor der Reichstagswahl sah ich einmal Meist in einer fortwährendigen Versammlung. Auch sonst war Meist in Cronenberg; Besammlungen wurden aber nicht abgehalten. Ich hörte auch einmal, daß Herloh aus Herloh in Cronenberg gewesen, in sozia demokratischen Angelegenheiten. Von geheimen Besammlungen oder der Verbreitung des „Soz.“ ist mir nichts bekannt.

Zeuge Hugo Köll, Bandwirth zu Remscheid (war Beschuldigter): Ich habe kein Exemplar des „Soz.“ gehabt oder verloren. Bei Marschall war ich nie. Den „Soz.“ habe ich nie gesehen. (Auf Befragen des Präsidenten): Ja, ich bin Sozialdemokrat.

Gendarm Lustig: Ich sah, daß Köll den „Sozialdemokrat“ verlor.

Köll: Ich war nie bei Marschall; von dem Verlieren des „Soz.“ weiß ich nichts.

Lustig (auf Befragen Lenzmanns): Ich weiß nicht, ob es dunkel oder hell war, als Köll den „Soz.“ verlor. Es war im November um 9 Uhr Abends.

Präs.: Wo muß es dunkel gewesen sein.

Lustig: Ja, es war dunkel.

Rechtsanwalt Lenzmann: Hat der Zeuge das Blatt gelesen?

Lustig: Nein, ich habe es am andern Tage abgegeben. „Sozialdemokrat“ stand darauf. Bei meinen Eintritt in die Gendarmrie wurde mir Köll als Sozialdemokrat bezeichnet. Das Blatt, was Köll verlor, war zusammengefalzt.

Grinpe: In der Vorlage steht, daß Köll das Blatt im Juli verlor, und der Zeuge sagt, es wäre im November gewesen. Das stimmt doch nicht?

Lustig: Ob es im November war, weiß ich nicht mehr genau. Kurze Zeit nach dem Vorfall wurde ich vernommen.

Präs.: Sie müssen doch wissen, ob es im Winter oder Sommer war!

Köll: Ich habe den „Soz.“ nie verloren. (Der Zeuge wird vereidigt.)

Zeuge Wilhelm Fischer, Polizeikommissar zu Dortmund (vereidigt): Bei Hagedorn habe ich g. Hausacht und im Welt einen „Soz.“ gefunden, so viel ich mich erinnern, unter dem Oberbett. Ich kann nicht mehr sagen, in welcher Jahreszeit es war. So weit mir erinnerlich, schlug Hagedorn selbst das Oberbett zurück wo ich den „Soz.“ fand. Hagedorn hat mir selbst gesagt, er sei Sozialdemokrat.

Zeuge Christian Buch, Schreiber zu Dortmund (vereidigt): Hagedorn wohnt bei mir. Ein Paket aus Rendsburg kam meines Wissens nicht; ich selbst habe es nicht angenommen.

Zeugin Ekstrou Buch (vereidigt): Hagedorn wohnt bei uns. Ein Paket aus Rendsburg kam, weiß ich nicht; wenn es gekommen ist, so habe ich es auch abgegeben. Kam ein Paket an, so legte ich es ihm auf den Tisch.

Das Verhör der Angeklagten wird fortgesetzt.

Schriftf. der Gustav Kolbe gen. Hülle, zu Barmen: Ich habe nie eine Zelle nach Zürich geschickt.

Fabrikarbeiter Friedrich Komatowski zu Elberfeld: Ich habe meinen früheren Aussagen nichts hinzu zu fügen.

Schneider Franz Langobör zu Elberfeld: An geheimen Versammlungen habe ich nie Theil genommen.

Schneider Hermann Lemmer zu Elberfeld: Ich war kein Vertrauensmann; den Boden mit Flugzetteln habe ich gefunden; verbreitet habe ich nichts.

Feilenhauer Ernst Leberberg zu Dide. Eiche-Remscheid: Meinen früheren Aussagen habe ich nichts hinzuzufügen. Die Bedeutung der Eintragungen in meinem Notizbuche (wovon der Name Hüttenberger) kenne ich nicht.

Hüttenberger: Ich kenne Leberberg gar nicht.

Kaufmann Sigmund Böwenslein zu Barmen: Der „geistige Leiter“ der örtlichen Barmen, wie in der Vorlage steht, bin ich nicht. Die im „Sozialdemokrat“ enthaltenen 10 M. sind mit den von mir gegebenen nicht identisch. Den „Sozialdemokrat“ habe ich bloß bis 1884 gehalten, aber nicht verbreitet, das geht aus den 3 Zugen auslagen hervor. Wie die Vorlage zu der Annahme kommt, ich sei der „geistige Leiter“, wird ein großes Licht auf die Zuverlässigkeit der Polizeiberichte. Als rechtlich denkender Mensch habe ich gegen das Mann geschenehe Unrecht Schritte gethan und nach Zürich geschrieben.

Es wird konstatiert, daß auch von Amerika aus Schritte gethan werden, um Mann und Lepsius aus der „Schwarzen Liste“ zu streichen.

Weißwarenhandl. Franz Loose zu Elberfeld: Ich beantrage die Ladung Weithorn's, dessen Brief in der Vorlage wider mich aufgeführt ist.

Schuhmacher August Marschall zu Rüttrichhausen giebt Auskunft über sogenannte geheime Versammlungen, die in Wirklichkeit nicht stattgefunden.

Zigarettenhändler Karl Julius Meist zu Köln weist ebenfalls die Beschuldigung, an geheimen Versammlungen theilhaftig gewesen zu sein, zurück; er sei ein Freund vollster Oeffentlichkeit und habe überall öffentlich gehandelt.

Bandwirth Johann Emil Mengel zu Schaumlöffel bleibt bei seinen früheren Aussagen.

Werkführer Eduard Mohrhenn zu Barmen: Die „Schwarze Liste“ habe ich erst bei dem Uatersuchungsrichter gesehen. Das „Barmen-M.“ auf der „Schwarzen Liste“ dürfte wohl von Motteler geschrieben sein.

Weber Emil Müller zu Elberfeld: Vertrauensmann war ich nicht. In St. Gallen bin ich allerdings gewesen, aber auf meine eigenen Kosten.

Zigarettenhändler August Reumann zu Elberfeld: Mit der Flugblattverbreitung hatte ich nichts zu thun. Ich wüßte nicht, was ich mit Weist, der wie Meist nur öffentlich, geheim zu verhandeln hätte. Außerdem hatte ich der-

mögen unter der polizeilichen Bewachung zu leiden, daß ich viele Kunden verlor.

Schlosser Karl Ferd. Peter Joh. Nielsen zu Kiel: Ein Paket habe ich allerdings erhalten, aber nur mit Lebensmitteln. Wackerhagen kenne ich nicht. Schon zwei Mal bin ich in meiner Existenz geschädigt worden, so daß ich jetzt recht erbittert bin. Ich habe schon sechszehn Wochen in der Untersuchungshaft zugebracht, trotzdem ich nie politische Angelegenheiten betrieb. Ein Polizeikommissar drohte mir und sagte, er würde es mir schon noch anstreichen.

Schlosser Julius Nieß zu Velbert Land: Ich bleibe bei meiner früheren Aussage, daß ich nicht begreife und nicht aufklären kann, wie der „Soz.“ an mich kam.

Gabrilarbeiter Wilhelm Pfeiffer zu Elberfeld: Ich bleibe bei meiner früheren Aussage.

Handelsmann Richard Piepenbrink zu Dahlhausen bleibt bei seiner früheren Aussage.

Die Verhandlung wird um 1½ Uhr auf Dienstag vertagt.

## Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Vergolder und Fachgenossen taete am Mittwoch, den 4. in Schiffs Salon. Tagesordnung: 1. Bericht über den Verlauf des Streiks bei der Firma R. I. L. u. u. Romp. 2. Diskussion. 3. Die schwarzen Listen in unserer Gewerbe und wie stellen sich die Vergolder Berlins dazu? 4. Verschiedenes. Kollege Witzig berichtete über die Zusammenkünfte, welche die Eine Kommission mit den Fabrikanten gehabt hat. Das Resultat war, daß die Herren die beiden ersten Punkte der Forderung bewilligten und sich nur gegen die Entlassung ihres Werkführers stäubten. Auch hat sich die Firma bereit erklärt, bei Wiederaufnahme der Arbeit die Streikbedingung zu entlassen. Sämmtliche Redner trachten ein so großes Belästigungsmaterial gegen den Werkführer vor, daß folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: Die heutige öffentliche Versammlung erlaube das Belästigungsmaterial dem Werkführer gegenüber als ein überwältigendes an und erklärt den dritten Punkt, die Entlassung des Werkführers, hochzuhalten. Das existieren der schwarzen Liste wurde nachgewiesen und ein Antrag, in den Werkstätten, wo dieselben gehandhabt werden, den Streik zu erklären, wurde von der Versammlung angenommen. Auch sind die Herren Wehlow und Romp. aufzufordern, die den Fabrikanten zugeschickten Listen einzufordern. Der Geist, welcher unter den Streikenden herrscht, ist ein guter. Auch sind die Sympathiebezeugungen von außerhalb und von den Berliner Gewerkschaften sehr gut. Die Firma Wehlow und Romp. hat erklärt: die (Schwarzen Listen) sind die Antwort auf den Aufruf in der Zeitung. Auch wurde noch beschlossen, in allen Werkstätten die Ueberkundearbeit einzustellen.

Der Fachverein Berliner Studentens hielt am Montag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, seine Vereinsversammlung im Ritzstraße 11 bei Remter ab mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Wacker über: Vor: hundert Jahren. 2. Gemeinlich. 3. Verschiedenes. Vortragender besprach die französische Revolution von der Entstehung 1789 bis zur Bildung des Kaiserreichs. Die Versammlung da sie durch Beifall für den schönen Vortrag. Unter „Gemeinlich“ wurde der Antrag des Kollegen Sammel beraten, welcher dahinging, einen Fragebogen auszuwerfen, um festzustellen, in welchen Werkstätten der Gehilfenarbeit bezahlt wird, und der Arbeitskommission anzuweisen, durch Zusendung von guten Arbeiten die Prinzipale zu berücksichtigen, welche den Tarif bezahlen. Nach längerer Debatte wird der Antrag angenommen. Kollege Ullm beschwert sich über die Fassung des Berichtes und des Protokolls, betreffs seiner Aeußerung über die Firma Brach und Siebenbach und stellt dieselbe als unwarhaft hin. Daraufhin wird Kollege Ullm als feig bezeichnet, da er seine Aeußerungen nicht aufrecht erhält, welche er vor der Versammlung gethan hat. Es wird von mehreren Kollegen in Anregung gebracht, Stellung zu nehmen gegen das gesundheitschädliche Arbeiten bei Kautschuk und es wird das Vorgehen der Zöpfer in dieser Beziehung gegenüber ihren Prinzipalen als Muster hingestellt und sollen die Kollegen anstreben, dasselbe zu erzielen. Die Dresdener Kollegen bitten, den Zugang noch dort fern zu halten, und warnen vor der Firma Oensler, Kohnstraße, da der betreffende Prinzipal anfängt, Winterpreise zu zahlen und sich gewarheit hat, Kollegen aus Berlin zu holen, wenn die Dresdener für das Geld nicht arbeiten. Zum Punkt „Verschiedenes“ wird das Weihnachtsergnügen in Anregung gebracht und das Vergnügungskomitee macht bekannt, daß kein Vergnügen statfindet. Ausgenommen wurden vier neue Mitglieder.

Der Fachverein für Schlosser und Berufsgenossen hielt am Montag, den 2. d. M., eine gut besuchte Versammlung im Feuerstein'schen Lokale ab unter Leitung des zweiten Vorsitzenden, um zunächst einen Vortrag des Herrn Fritz Küger über „N. u. n. der Statistik“ zu hören. Der Vortragende begann mit dem Hinweis, daß, sobald sich die Arbeiter irgend eines Berufs austraffen, um sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, sich auf der ganzen Linie der kapitalistischen Presse ein Feter- und Mordgedröckel erhebe über die unverständigen Forderungen der unzufriedenen Arbeiter, wie dann einzelne Zahlen aus den Lohnbüchern herausgerissen würden, um sie den Arbeitern entgegen zu halten und so das Publikum zu täuschen, damit es ja nicht mit den streikenden Arbeitern sympathisire. Diefem wirksam entgegenzutreten und solche Verdämler bloßzustellen, sei nur die Statistik, von den Arbeitern aufgenommen, mit ihren kahlen Zahlenreihen und nackten Thatfachen im Stande. Redner wies an der Hand großer Materials nach, wie bei Gegenständen, wo alle Bezeichnungen mit klaren und scharfen Worten, alle Vorträge u. s. w. nicht so leicht im Stande sind, Aufklärung und richtigen Begriff über den Gegenstand zu verbreiten, eine statistische Zahlenreihe die wirksamste Kritik wäre, wie z. B. beim Alters- und Invalidenversorgungs-gesetz, wo durch eine solche statistische Erhebung festgestellt ist, daß von 100 Arbeitern nur ein einziger der Wohlthaten dieses Gesetzes theilhaftig wird. Der Nutzen und der Werth der Statistik erstreckt sich zunächst dahin, daß durch die erhobenen Zahlen die geschätzenden Körperschaften immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, wie durch solche statistischen Erhebungen die erbärmliche Lage des Arbeiters erst erkannt und darnach gesetzgeberisch behandelt werden kann, sobald sich die Regierung schließlich gezwungen sieht, selbst derartige Erhebungen anzustellen. Ferner können durch die statistischen Erhebungen die einzelnen Berufsklassen der Arbeiter feils der großen Oeffentlichkeit ihre elende Lage beweisen und darauf aufmerksam machen, wie degenerend die kapitalistische Produktionsweise auf das Volk einwirkt, und schließlich können sie bei event-

